

AKUT

Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft Nr. 194

NAZIS

~~FÜR KENN~~

IDIOTS!!!

RAUS!!!

日本帝國

Universitätsbibliothek
Bonn

**AUSLÄNDER~
FEINDLICHKEIT**

GRAFFITI der Schmutzfinken

I 74 50



Impressum

AKUT

Nachrichtenmagazin der Bonner Studentenschaft

Herausgeber:

Das Studentenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Redaktion:

Jan Baumeister (verantwortlich i. S. d. Presserechts), Bernd Hölzenbein, Burkhard Hoffmeister, Wilfried Löhr, Christoph Werth

Anzeigenverwaltung:

Ute Hübner

Redaktion:

Nassestr. 11, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/73 70 40

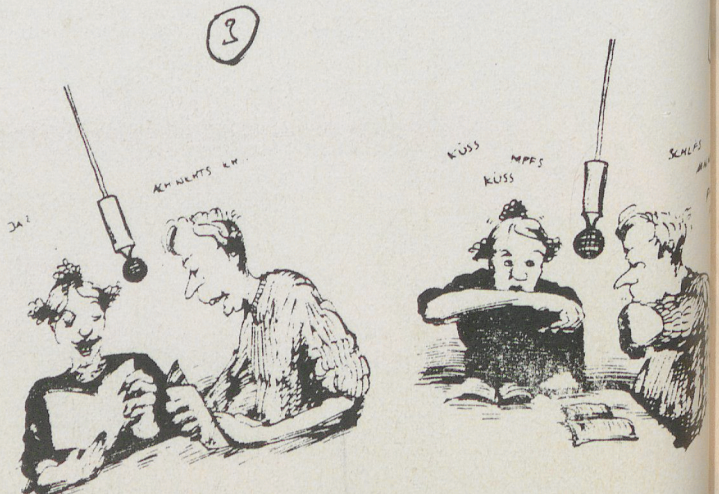
Auflage: 12 000

Herstellung:

Satz: Triumph-Adler SE 1030
(Eigensatz/Susi Meczynski)
Druck: Farbo Druck GmbH, Bonner Wall 47, 5000 Köln 1

Aus dem Inhalt:

In eigener Sache	1
Schwerpunktthema Ausländerfeindlichkeit	
Stunde der Demagogen	2
All for One and One for All	3
Ausländerfeindliche Vorfälle in Bonner Lokalen	4
Burschenschaften und Ausländer	5
Aus dem Studentenparlament	
SP-aktuell und Anmerkungen der SP-Sprecher zu den Turbulenzen der letzten Sitzungen	6
Lange Nacht im SP (persönliche Eindrücke von Christoph Werth)	7
Linker AstA gewählt	8
Kongreß "Naturwissenschaftler für den Frieden" in Mainz	9
Wissenschaftsläden: Laßt tausend Mützen qualmen	10
Zur Auflösung des AstA-Öffentlichkeitsreferates (von Jörg Dietzel)	11
Frauen nehmen ihre Sache selbst in die Hände	12
Professor Hähnchen bleibt beim Fräulein: Humoristische Auflockerung eines Seminars	13
SLH Bonn - An den Studenten vorbei?	14
Aus den Fachbereichen	
Soziologen verlieren ein Semester	15
Blüten des letzten AstA	16
Doktoranden: Neue Elite oder Wegwerfartikel?	17
Alltagsgeschichte	18
Sicherungsverwahrung bis zum Tod für Alexander Ebbinghaus?	19
Tanz, Spiel, Bewegung	20
Bücher	21
Uni-Fêten, die keine sind	22
Mainzer Appell	23



In eigener Sache:

Liebe Leute,

Daf wir euch kein schriftliches Echo auf unsere erste "Akut" präsentieren können, ist dem Umstand geschuldet, daß Erscheinen der vorigen und Redaktionsschluß dieser Nummer praktisch auf einen Tag fielen. Dafür möchten wir euch die mündlichen Reaktionen nicht vorenthalten. Uns kam zu Ohren...

1) ... daß wir die Artikel über Ellerhof, Metropol und Alexander Ebbinghaus von "De Schnüß" abgeschrieben hätten. Das trifft nicht zu. Die Autoren der Artikel über das Metropol und über Alexander Ebbinghaus haben bei "De Schnüß" und "Akut" dasselbe Manuskript eingereicht. "De Schnüß" hatte das Glück, fünf Tage früher zu erscheinen - andernfalls wäre wohl der umgekehrte Eindruck entstanden. Die Veröffentlichung in beiden Blättern ist aber kein Fehler, denn es lesen höchstens 20 % der "Akut"-Leser auch "De Schnüß".

2) ...daß die Ausgabe eine Aneinanderreihung von Flugblättern gewesen sei. Das gilt u.E. für die Mehrheit der Artikel nicht. Einige Beiträge (Zoff fürs Frauenreferat; Aufruf zur Demo am 6.7.) waren in der Tat als Flugblätter verfaßt; insofern ist der Eindruck nicht verwunderlich.

3) ...das Layout sei beschissen gewesen. Diese Kritik kam vom Kunsthistorischen Institut. Wir führen sie auf übertriebene Ansprüche zurück. Trotzdem bemühen wir uns um Besserung.

4) ...das Layout sei gut gewesen. - Wir fanden es hinterher etwas besser als wir während der Arbeit befürchtet hatten.

5) ...das Erscheinen habe sich zu lange

hinausgezögert. Das lag nicht an uns (wir haben jetzt die Druckerei gewechselt).

6) ...die Themenauswahl sei gelungen gewesen. Das war Absicht.

7) ...die "Akut" könne man nur mit der Zange anfassen. - Stimmt nicht! Pinzette genügt!

Ferner tauchte die Frage auf, ob "Schwerpunkthema" bedeute, daß Artikel zu anderen Themen unerwünscht seien? Antwort: nein. Schwerpunkthema heißt nur, daß dieses Thema besonders ausführlich mit mehreren Beiträgen behandelt wird. Die Auswahl des Themas ist jedem, der Artikel schreiben möchte, selbst überlassen.

Redaktionsschluß für die Oktoherausgabe - Schwerpunkt: Frieden - ist der 1. Oktober!

Zu guter Letzt: in der Redaktion gibt es gegenüber der letzten Ausgabe Veränderungen. Bisher gab es vier stimmberechtigte Mitarbeiter: Jan, Volker, Burkhard und Bernd. Jetzt gibt es fünf: Jan, Burkhard, Bernd, Christoph und Willy. Die Gruppe Frust hat in der Redaktion Vetorecht. Diese Regelung wurde im Zusammenhang mit der Duldung eines linken ASTA zwischen den Gruppen der Linken und Frust ausgehandelt. Zwei unserer bisherigen Mitarbeiter (Volker Köllner und Thomas Klepsch) haben es inzwischen zum "Minister" (=ASTA-Referent) gebracht. Wir wünschen ihnen viel Erfolg bei ihrer neuen, verantwortungsvollen Aufgabe! "Akut" wird zum neuen ASTA, auch wenn drei von uns ihn als SP-Abgeordnete mitgewählt haben, die angemessene Distanz wahren.



UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG

Bouvier

Am Hof 32 · Fürstenstraße 3 · ☎ 0228/654445-8

Bonn · Gegenüber der Universität

Bouvier schafft Kontakt zum Buch

Die Stunde der Demagogen

Einleitung zum Schwerpunktthema "Ausländerfeindlichkeit"

Mit der Wirtschaftskrise, die vor allem eine Krise des Einkommens der kleinen Leute ist, stellt sich die Frage nach deren Ursachen. Da es an der Wirtschaftsordnung grundsätzlich nicht liegen darf, müssen Sündenböcke her.

Demagogen in Politik und Medien wissen, wie ein guter Sündenbock aussieht: man muß ihn an Äußerlichkeiten leicht erkennen können (Haut- oder Haarfarbe, Sprache, Form der Nase, Lebensgewohnheiten). Er muß unter der Bevölkerung eine Minderheit sein, doch keine zu kleine. Verwurzelte Vorurteile, latenter Rassismus oder Nationalismus müssen sich gegen ihn mobilisieren lassen. Da bieten sich Ausländer an, vor allem solche aus "fremden Kulturen" (wer hat schon etwas gegen den Aufenthalt von Briten, Niederländern oder Österreichern in der BRD?). Jahrzehntelange ideologische Vorarbeit - "unser Wirtschaftssystem ist unheilbar gesund" - tut ein übriges, die verständliche wirtschaftliche Existenzangst der Leute in die gewünschte (falsche) Richtung zu lenken. Ausländerfeindlichkeit hat Konjunktur.

Natürlich verwahrt sich die Regierung gegen "Ausländer raus"-Parolen - verbal. Politisch kommt ihr die Ausländerhetze ganz gelegen. Schließlich muß sie "auf's Volk hören" - und sie leiert die "schrittweise Rückführung in die Heimat" an: mit Verschwindeprämie, Nachzugsstop und verschärftem Asylrecht.

Eine gewisse industrielle Reservearmee ist den Kapitalisten und ihren Sachwaltern in der Politik zwar hochwillkommen, um die Arbeiter zu disziplinieren und die Löhne zu drücken, inzwischen reicht die Zahl einheimischer Arbeitsloser aber aus, um Aufgabe zu erfüllen. Und die Bundesregierung muß ja wenigstens den Anschein erwecken, gegen die Arbeitslosigkeit anzugehen, sonst riskiert sie ihre Abwahl.

Wen interessiert schon, daß die Zahl der Arbeitslosen in den letzten fünf Jahren viel stärker gestiegen ist als die Zahl der Ausländer in der BRD, daß der prämierte Heimzug nichts anderes bedeutet als mehr Arbeitslose in den Herkunftsländern? - Aber diese Frage erklärt die Bundesregierung zur inneren Angelegenheit der betreffenden Länder, ganz im Gegensatz zur Frage z.B. der militärischen Ausstattung (siehe Türkei).

Dabei gibt gerade die Lage in den Herkunftsländern Aufschluß über die Gründe, aus denen Türken, Iraner, Pakistani und viele andere nach Westdeutschland kommen. Was sind denn "Wirtschaftsflüchtlinge" oder "Arbeitsemigranten"? Es sind

Menschen, die einen Ausweg aus einer erbärmlichen Lage, aus Armut, Arbeitslosigkeit, oft Unterernährung in ihren Ländern suchen.

Die millionenfache Auswanderung ist zu einem guten Teil Folge westlicher Politik. Schließlich leben die Menschen in den betroffenen Ländern nicht freiwillig im Elend, arbeiten nicht freiwillig zu Hungerlöhnen. Weil Konzerne in den fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländern abseits vom Treiben der Gewerkschaften, abseits von lästigen Sozialabgaben Geschäfte machen wollen, regeln westliche Regierungen die internationale Arbeitsteilung über Verträge mit ihren Verbündeten in Politik und Wirtschaft der betreffenden Länder.

Information über die Länder, aus denen die Arbeitsemigranten kommen, ist der erste Schritt, Ausländerfeindlichkeit durch Verständnis zu ersetzen. Ferner braucht es Aufklärung der Bevölkerung über Probleme der Ausländer hier - also auch der Studenten über die Schwierigkeiten ihrer ausländischen Kommilitonen. Da man Ausländerhetze nicht mit bloßen Appellen an Verständnis und Hilfsbereitschaft einzelner

bekämpfen kann, ist es am Platze, dem Wissen um den politischen Sinn der Ausländerhetze auch politische Konsequenzen zu ziehen.

Solange die Menschen den Folgen der anarchischen kapitalistischen Produktion weise hilflos als einzelne gegenüberstehen, kann es Demagogen gelingen, die Opfer der "Wirtschaftskrise" gegeneinander anzuhetzen (in diesem Fall deutsche gegen ausländische). Erst wenn sie erkennen, daß sie gemeinsame Interessen haben, wenn sie solidarisch für gute Lebensbedingungen überall auf der Welt kämpfen, werden Nationalismus und Rassenhaß aussterben. Die Völkerwanderungen, die das Kapital in seinem wechselnden Bedarf an Arbeitskräften in einer bestimmten Region auslöst, sind die Summe von Millionen individuellen Lösungsversuchen für das Problem der eigenen Armut.

Das Paradoxe an der Ausländerfeindlichkeit ist ja, daß sie denselben Grund hat wie die Flucht von Millionen Menschen aus ihren Ländern: Sorge um den eigenen Lebensunterhalt und Fehlen einer Perspektive zur kollektiven Lösung des Problems!

Buchhandlung · Verlag · Antiquariat

RÖHRSCHEID

Gegenüber der Universität

Bonn · Am Hof 28 · Tel. 0228/63 12 81

All for One and One for All...

zur Situation der ausländischen Studenten

Gegenwärtig ist das Thema Ausländer ganz aktuell in der Bundesrepublik. Für einige gibt es zu viele, für einige gibt es die falschen Ausländer und einige rufen zur Solidarität auf. Und dann gibt es noch Ausländer und AUSLÄNDER. Der jetzigen Bundesregierung sind Ausländer sogar so wichtig, daß sie ein ganzes Papier darüber hat anfertigen lassen (das Zimmermann-Papier). Natürlich alles zum Besten der ausländischen Mitbürger. Daß das Thema Ausländer überhaupt ein Thema sein kann, ist Ausdruck der Suche herrschender Kreise nach einem "Sündenbock", einem ersten Opfer, mit dem man die Angriffe gegen sämtliche demokratischen Kräfte einleiten kann.

Obwohl das Thema Ausländer bei den regierenden Kreisen erst in letzter Zeit so hoch aktuell erscheint, ist bei den Studenten die Sache schon etwas länger im Gange. Die KMK-"Beschlüsse" und neuen Zulassungsregelungen (März'81) sollen langfristig bewirken, daß zukünftig nur noch die Elite, d.h. die finanzielle Elite, hier zum Studium in die BRD kommt. (Es bekommt nur noch derjenige eine Zulassung, der eine Zulassung aus seinem Heimatland vorweisen kann; das aber ist meist eine rein finanzielle Sache). Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo die gesamten Rahmenbedingungen immer schwieriger werden. Erhöhter Studiendruck und vor allen Dingen finanzielle Zwänge - Ausländer sind die ersten, die infolge erhöhter Arbeitslosigkeit nicht mehr eingestellt werden - treffen ausländische Studenten besonders hart.

Aber wir wissen Rat. Wir lassen uns nicht gegeneinander

Aber wir wissen Rat. Wir lassen uns nicht gegeneinander auspielen! Solidarisch mit unseren fortschrittlichen deutschen Kommilitonen kämpfen wir für unsere Rechte. Diese Antwort auf die Angriffe der Reaktion ist vom bundesweiten Treff der Ausländerreferate in Köln im letzten April bekräftigt worden.

Hier in Bonn sind die Voraussetzungen für einen solchen Widerstand einerseits besonders schlecht und andererseits besonders gut (Bonn ist halt etwas extrem!). Auf der einen Seite gibt es wahrscheinlich keine Universität der BRD, die so voll mit den Zielen der jetzigen Bundesregierung übereinstimmt, wie die offiziellen Stellen der Universität Bonn (mit Ausnahme des Leiters des Studienkollegs). Das ist die schlechte Seite. Auf der anderen Seite gibt es in Bonn eine gut etablierte Organisation der Ausländer, den HAB (Hochschulverband der Ausländer in Bonn), der seit 1976 existiert und einen Reichtum an gemeinsamen Erfahrungen gesammelt hat. Damit habe wir eine schlagkräftige Gegenwehr, wenigstens vom Moralischen her, zu den oben angesprochenen extremen Bonner Verhältnissen. Der entscheidende Faktor in dieser Auseinandersetzung ist jetzt das AstA-Ausländerreferat, denn nur eines in aller Form "vom SP gewählten Vertreter". So weigerte sich z.B. Dr. Holle, Leiter vom Akademischen Ausländer Amt (AAA), einen von den Ausländern gewählten und vom damaligen AstA-Chef Drösser ernannten Ausländerreferenten zu empfangen, weil dieser

"nicht vom SP gewählt worden war". Zu dem zu einem späteren Zeitpunkt vom SP gewählten Vertreter war er dann fast übertrieben einschmeichelnd. Ihr kennt die Tour! Verzögern, verzögern und dann Zuckerbrote anbieten. Deswegen muß man so einen offiziellen Status wie nur möglich besitzen, um überhaupt an die Verantwortlichen heranzukommen.



Leider verweigern die rechten Gruppen (RCDS/LA/SLH), die von den 7 Jahren des Bestehens des HAB 6 Jahre lang den AstA stellten, den Ausländern dieses legitime Recht und klüngeln stattdessen mit. Ein Jahr autonomes Ausländerreferat unter dem linken AstA hat uns dennoch die Möglichkeit gegeben, unser politisches Engagement mit dem Status einer offiziellen Stelle zu kombinieren. Alle, die unsere

Aktivitäten aus jenem Jahr verfolgten, können bescheinigen, daß die Verantwortlichen der Universität, die es sonst immer gewohnt waren, mit selbsternannten Rechten zu klüngeln (bzw. sie total zu überfahren), echten Schiß bekamen, aufgedeckt zu werden. Nur die darauffolgenden SP-Wahlen, die eine rechte Mehrheit und infolgedessen wieder einen der Selbsternannten als offiziellen Vertreter mit sich brachten, retteten die Herren Oberen.

Das Ausländerreferat

Die anstehende (schon vollzogene ?) Übergabe des AstA an die Linken, bedeutet für uns Ausländer erneut die Möglichkeit, als "offiziell anerkannte" Vertreter zu fungieren. Wir können wieder unsere Vertreter im AstA wählen und das Referat selbst verwalten. Wie organisieren wir das? Es gibt drei Grundprinzipien, denen sich alle unsere Aktivitäten unterwerfen:

a) Das Ausländerreferat ist ein kollektives Referat. Das Leitungsgremium des Referats soll die Aufgaben und Aktivitäten so gestalten und verteilen, daß jeder ausländische Student die Möglichkeit hat, sich selber für die Sache der Ausländer einzusetzen.

b) Schwerpunkte der Aufgaben des Ausländerreferats sind diejenigen Aktivitäten, die über die Grenzen der Nationalitäten hinaus dem allgemeinen Gut aller ausländischen Studenten dienen. Das heißt, Aktivitäten, die von mehreren Nationalitäten getragen werden und die mehreren Nationalitäten zugute kommen, müssen vom Ausländerreferat vorrangig unterstützt werden. Das

schließt die Unterstützung der Aktivitäten von einzelnen Nationalvereinen nicht aus.

c) Die Autonomie des Ausländerreferats bedeutet nicht die Abkapselung der Ausländer. Mit einem AStA, der unsere Autonomie und unser Recht auf Selbstvertretung voll anerkennt, wollen wir solidarisch zusammenarbeiten.

Die Aktivitäten des Ausländerreferates müssen mit denen der anderen Referate und der Fachschaften koordiniert werden.

Diese drei Prinzipien sind der aus unserer bisherigen Erfahrung herauskristalisierte Extrakt, auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht. Sie gelten sowohl für unsere HAB-Arbeit als auch für die des Referates.

Ausgehend von den vorhandenen Rahmenbedingungen ergeben sich in etwa folgende Aufgabenbereiche des Ausländerreferates:

1.) Vertretung der ausländischen Studenten gegenüber der Uni

2.) Betreuung einzelner ausländischer Studenten

3.) Unterstützung der politischen Aktivitäten des HAB, besonders Kultur- und Informationsveranstaltungen

4.) Unterstützung schon vorhandener und

Inszenierung neuer Aktivitäten gegen Ausländerfeindlichkeit und für Völkerverständigung

5.) Studienkolleg

6.) Aktive Mitarbeit im Ausländerreferat der vds

Ein Kommunikationszentrum für deutsche und ausländische Studenten

15 Monate lang hatten wir in der Lessingstr. 32 ein ganzes Zentrum, in dem diverse Aktivitäten stattfanden wie: Yoga-Kurse, Kulturabende, Treffs der Ausländer, Arbeit gegen das Heidelberger Manifest, Sprachkurse und Studienberatungen. Dieses Zentrum wurde ermöglicht durch einen Zuschuß von 20.000 DM aus studentischen Geldern, bewilligt von der linken SP-Mehrheit im Januar 1982. Ein gleichlautender Beschluß wurde von der rechten SP-Mehrheit für das Jahr 1983 von der da amtierenden rechten SP-Mehrheit gar nicht in Betracht gezogen. Sie ignorierten den Antrag einfach. Infolgedessen mußten wir in diesem Frühjahr aus dem Zentrum ausziehen. Es ist sehr erfreulich, daß wir uns trotz dieses schweren Schlages neu formiert haben und

nun ein Zimmer im Frauenmuseum (Im Krausfeld) als neuen Treffpunkt haben. In diesem Semester haben dort schon mehrere Veranstaltungen stattgefunden, und es ist abzusehen daß die HAB-Freundschaftsabend-Tradition bald weitergeführt werden kann. Solche Veranstaltungen sind für die Kommunikation unter den Ausländern und zwischen ausländischen und deutschen Studenten absolut notwendig, und es ist sehr zu begrüßen, daß sie wieder möglich werden.

Schlußwort

In meinen Augen sind wir Ausländer nie reifer dafür gewesen, das Ausländerreferat zu übernehmen. Jetzt können wir Lehren aus den Fehlern vom letzten Referat ziehen und mit neuem Leben daran gehen, den Herren Oberen wirklich Grund für ihre Angst zu geben.

Aus technischen Gründen konnte dieser Artikel vor Redaktionsschluß nicht unter den Ausländern diskutiert werden und gibt daher in einigen Punkten vielleicht nur meine subjektive Meinung wieder.

Bruce Hunt, ehemaliger Ausländerreferent

Ausländerfeindliche Vorfälle in Bonner Lokalen

Am 28.12.'82 wollten sich die farbige Nancy Fischer, ihre 13 jährige Tochter und ihr 15 jähriger Neffe in dem Bonner Lokal "Aktuell" mit ihrer deutschen Schwägerin treffen. Am Eingang des Lokals warb ein Aufkleber "Kinder willkommen". Frau Fischer nahm mit den beiden Jugendlichen an einem Tisch des Lokals Platz und bestellte Kaffee. Nach einiger Zeit kam die Bedienung und verlangte die Studentenausweise der Jugendlichen, da Personen unter 18 Jahren der Aufenthalt im Lokal nicht gestattet sei. An der Theke saß derweil ein Kleinkind mit seinen Eltern. Auch der Hinweis, daß sie als Erwachsene die Kinder beaufsichtigen, half ihr nichts. Schließlich sagte sie dem inzwischen hinzugekommenen Geschäftsführer, sie sei mit ihrer Schwägerin verabredet und müsse hier auf diese warten. Darauf erwiderte der: "Schön, aber dann gehen Sie!" Frau Fischer wußte nicht so recht, was geschah, bis ihr (weißer) Neffe erklärte, er sei vorher schon öfter in dem Lokal gewesen, ohne nach seinem Ausweis gefragt worden zu sein.

Als dann die (weiße) Schwägerin von Frau Fischer eintraf, sagte der Geschäftsführer offenbar verlegen: "Ach, Sie sind seine Mutter - dann ist ja alles in Ordnung." Er war aber keineswegs dazu bereit, sein Verhalten zu entschuldigen, sondern meinte nur: "Hängen Sie es doch nicht an die große Glocke. Sie müssen Verständnis haben, manche Leute..."

Ebensfalls im "Aktuell" ereignete sich vor etwa zwei Jahren folgender Vorfall: Eine Bonner Studentin, ihr Bruder, ihr nepalesischer Freund und ein Freund desselben,

ebenfalls aus Nepal, wollten eines Abends ins "Aktuell". Nachdem sie sich an einen Tisch gesetzt hatten, kam die Kellnerin und nahm nicht etwa die Bestellung auf, sondern fragte nach den "Club-Ausweisen". Die Studentin war vorher schon oft im "Aktuell" gewesen und wußte nichts von Clubausweisen. Da aber ein neuer Monat angefangen hatte, dachte sie, man hätte inzwischen Clubausweise eingeführt und fragte, seit wann es die Ausweise gäbe. Darauf erhielt sie die erstaunliche Antwort, Clubausweise hätte es schon immer gegeben, und da die vier keinen hätten, müßten sie leider das Lokal verlassen...

Das Berufen auf angebliche Clubausweise ist offensichtlich ein beliebtes Mittel, um Diskriminierung zu verschleiern.

Dieselbe Studentin machte eine weitere schlimme Erfahrung im Stadtrat eine Anfrage "Novum". Als sie dort mit ihrem Bruder und ihrem Freund hineinwollte, hielt der "Türsteher" ihren Freund an und meinte: "Den kann ich hier nicht reinlassen." Auf die Frage, welche Begründung es dafür gebe, meinte er nur: "Ihr könnt meinetwegen rein, aber der nicht!"

Als diese Vorfälle bekannt wurden, brachte die SPD-Fraktion im Stadtrat eine Anfrage ein. Dabei kam heraus, daß die Verwaltung erst aus der Presse von diesen Vorfällen erfahren hatte, dann zwar Ermittlungen einleitete, diese aber wieder einstellte, als die betroffenen Gastwirte beteuerten, daß sie sich nie diskriminierend gegenüber ausländischen Gästen verhalten hätten. Obwohl SPD-Sprecher Altmeier darauf hinwies, daß es die Aussagen mehrerer aus-

ländischer Gäste gebe und ein ehemaliger Angestellter eines der betroffenen Lokale erklärt habe, sein Arbeitgeber hätte ihm die Anweisung gegeben, Farbige nicht zu bedienen, es sei denn, sie seien eindeutig als Diplomaten oder Presseleute erkennbar, sah die Verwaltung keine Möglichkeit zu weiteren Maßnahmen, etwa dem Widerruf der Gaststättenlaubnis.

Wir glauben, daß die hier geschilderten Vorfälle nur die Spitze eines Eisberges sind, weil viele der auf solche Weise diskriminierten Ausländer nicht mehr den Mut aufbringen, sich zu wehren. (Was angesichts des geschilderten Verhaltens ja auch kein Wunder ist!) Wir bitten daher alle, die von ähnlichen Vorfällen in den erwähnten oder auch in anderen Lokalen gehört haben, uns zu informieren, damit wir darüber berichten können. Denn vielleicht kann ja das Herstellen von Öffentlichkeit über diese Praktiken, die in fataler Weise an die zwanziger Jahre erinnern, wo einige Lokale stolz damit warben, "judenfrei" zu sein, ein Ende bereitet werden.

Denn welchem demokratisch gesonnenen Zeitgenossen würde in einem Lokal, von dem er wüßte, das es Ausländer diskriminiert, sein Bier noch schmecken ??? Mir jedenfalls nicht !!!

Also meldet uns ausländerdiskriminierende Lokale in Bonn!!

Volker Köllner

Burschenschaften und Ausländer

Ausländerfeindlichkeit an der Bonner Uni, das geht über Schmierereien auf dem Klo hinaus. Das ist eine teilweise offizielle Angelegenheit, mit Brief und Siegel und Adresse. Wer seine Ausländerfeindlichkeit derart offen auslebt, sollte auch veröffentlicht werden.

Es geht um ein Erbe des rechten AstA, ein ihnen selbst peinliches Erbe. Aus dem Ordner mit Wohnungsangeboten waren die Angebote der Burschenschaften fein säuberlich entfernt worden. Leider wurden aber diese gesammelten Offenbarungen der burschenschaftlichen Herrlichkeit dann doch in einer Schublade vergessen. So dokumentieren wir, um kein Angebot unter den Tisch fallen zu lassen, einmal die "besonderen Auflagen":

moral, sondern das Fehlen des "e" hinter "männlich". Kurz und knapp faßt sich die Burschenschaft Alemannia: "nur dt." Wem das zu kodiert ist, der wende sich an die "Akademische Verbindung Tusconia", die in verständlichem Deutsch, auch für Ausländer zu begreifen, klarmacht: "Nur an deutsche Studenten zu vermieten"! Fast

"nur männliche Bewerber deutschen Kulturraumes". Und der geht bekanntermaßen "von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt".

Wie gesagt, all diese und noch viel mehr solcher Angebote fanden sich in der Wohnungssuchekartei des Bonner AstA. Ein AstA, der diese Sachen locker offeriert, macht sich zum Komplizen dieser Haltung. Ich glaube, wir haben einen Grund mehr, uns zu freuen, daß wir nunmehr in Bonn einen AstA haben, der solche Haltungen nicht unterstützt, sondern aktiv gegen Ausländerfeindlichkeit vorgeht.

Und den Bonner Burschen, die sich immer wieder über Vorurteil aufregen, die über Burschenschaften bestehen, möchte ich nur ins Kommerzbuch schreiben, daß sie selbst alles daran setzen, die Vorurteile immer wieder zu berechtigten Urteilen zu machen.

Uwe Rübesam

Daß sich die Verbindung "Novesia" auf einen Studenten, katholisch festgelegt hat, mag man noch als Rückfall in vorökumenische Zeiten entschuldigen. Auch die Beschränkung "nur männliche Studenten" der Landsmannschaft Salia ist nicht neu, die Männerbundromantik ist historisch gewachsen. Und wenn die Unitas Rhenania "nur männlich und interessierte Mieter" sucht, ist das nicht Ausdruck einer Befreiung von einer überkommenden Sexual-

schon komisch, wenn es nicht so moralisch verkommen wäre, sind die Burschen von der Neogermania, die ihrem Namen entsprechend, auch gleich ihre Vorstellungen

von einer neogermanischen Sprache liefert: "Student, deutsch!" Ausländer, wegtreten! Und derart "neo"germanisch, vorwärts, Burschen, wir marschieren zurück, ein weiteres Angebot der gleichen Verbindung:

SP-AKTUELL:

HÖRT AUF MIT GO-TRICKS *

Das Studentenparlament beschloß auf seiner Sitzung am 30. Juni 1983 folgenden Antrag der FRUST:

Seit einiger Zeit versucht der Sozialliberale Hochschulverband (SLH) die Frust als undemokratisch, antiparlamentarisch und faschistisch zu verleumden. Das Studentenparlament hält das für schwachsinnig und verurteilt das Vorgehen des SLH, ebenso wie jeden Versuch, Andersdenkende als politische Extremisten zu diffamieren, anstatt sich mit ihnen in der Sache auseinanderzusetzen.

Am Donnerstag, den 30.6., tagte das Studentenparlament von 20.30 Uhr bis 3 Uhr morgens. Der Grund: Die Fraktionen der AstA-tragenden Gruppen betrachteten es als notwendig, den Tagesordnungspunkt "Haushalt der Studentenschaft" (der von ihnen selbst eingebracht worden war) durch ständige Mißtrauensanträge gegen das SP-Präsidium in die Länge zu ziehen. Auf Beschluß des SP veröffentlichte ich an dieser Stelle einen Redebeitrag des SP-Mitglieds Plettenberg (RCDS): "Ich will mir hier keinen neuen Trick zur GO ausdenken, sondern einen Antrag stellen. Es ist mir möglich, 2 Stunden zur GO zu reden und die Sitzung bis ins Unendliche fortzusetzen. Ihr könnt hier machen, was ihr wollt, und wir werden doch den Haushalt verhindern. Daher mein Appell

und Antrag: Schluß der Sitzung und Verschiebung der 2. Lesung des Haushaltes auf eine nächste SP-Sitzung. Ich gehe davon aus, daß dann die Mehrheiten klar sind. Ihr wißt doch, daß man mit GO-Tricks alles lahm legen kann. Stimmt diesem Antrag zu, sonst machen wir Chaos bis zum Frühstück."

Ergebnis der Sitzung: Es wurden zum zweiten Mal die untenstehenden Anträge der Uni-Frauengruppe unterstützt, der Haushalt wurde schließlich doch noch in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Der Vollzug beider Beschlüsse ist jedoch zunächst ausgesetzt, da gegen sie Anfechtungen beim Ältestenrat vorliegen.

Plettenberg bestreitet allerdings so diese Aussage.

1. wir, die Frauen der Bonner Universität, fordern den AstA auf, für uns Frauen bis spätestens 23.7. einen eigenen Raum zur Verfügung zu stellen. Dieser Raum wird von uns Frauen eigenverantwortlich gestaltet und verwaltet.

2. Wir fordern die Einrichtung eines AstA-Frauen-Referates. Die Frauen-Referentin nimmt stimmberechtigt an den AstA-Sitzungen teil. Sie erhält ihr Mandat auf einer für alle Studentinnen offenen Frauen-Vollversammlung. Diese Frauen-Vollversammlung entwickelt die gesamte Politik während des laufenden Semesters. Die Frauen-Referentin ist den Entscheidungen der Frauen-Vollversammlung verpflichtet.

Das SP-Präsidium verwehrt sich an dieser Stelle gegen die Veröffentlichung des Inhaltes nichtöffentlicher Beratungen (geschehen auf einem AstA-Flugblatt), da die SP- und AstA-Mitglieder zu absolutem Stillschweigen verpflichtet sind.

Christoph Drösser

* 60 = Geschäftsordnung

SCHLAGABTAUSCH IM SP

von B. Hölzenbein 2.SP-Sprecher

Daß es oft chaotisch zugeht im Studentenparlament und das Beleidigungen von Rechts und Links bedauerlicherweise an der Tagesordnung sind (so wurde der SP-Sprecher in der Sitzung am 12.7. als Linksfaschist beschimpft) hat sich schon seit langem herum gesprochen. Doch seit dem 12.7.83 ist eine neue Dimension ins Studentenparlament eingetreten, die von jedem Demokraten nicht länger hingenommen werden kann. MAN SCHLÄGT SICH !!

Wie konnte es soweit kommen ?

Während einer heiß umstrittenen Rede der Fachschaftreferentin

Krahmann (MSB) stand etwas überraschend Ludger Überhorst (Liberaler Aktion) auf und baute sich drohend vor ihr auf. Dies nahm die sehr "schlagfertige" Frau zum Anlaß, ihrem Gegenüber eine zu scheuern. Dieses Verhalten darf auf keinen Fall Schule machen. Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung!

Daher möchte ich an alle Studentenparlamentsmitglieder und als deren Kontrolleure die Bonner Studentenschaft appellieren, mit dazu beizutragen, daß so etwas nie wieder vorkommt. Auch dann nicht, wenn es 30° heiß im Saal ist.

Ich für meine Person werde in Zukunft jeden des Saales verweisen, der meint zu Gewalt greifen zu müssen.

Eine gewaltfreie politische Diskussion ist eines der höchsten Güter der Demokratie!

Beate

LANGE NACHT IM SP

Subjektive Eindrücke von einer Studentenparlamentssitzung

von Christoph Werth

"Ich glaube, die größte und verständlichste Angst, die das Publikum hat, ist, belogen zu werden, weil es ja nun von Politikern und von allen anderen Leuten, die in der Öffentlichkeit stehen, fast nur belogen wird." (Konstantin Wecker)

• • • • •

Die Stimmung war geladen, die Auseinandersetzungen hart. In der SP-Sitzung am 30. Juni ging es um die Verabschiedung des AstA-Haushaltes. Die vereinigte Linke (genannt das "Bündnis") hatte zusammen mit Frust als unabhängigen Mitte-Partner eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht, die den Haushaltsentwurf der rechten AstA-Gruppen so abändern sollten, daß auch ein "linker" AstA mit dem so geänderten Haushalt arbeiten kann. Soweit Voraussetzung erster Teil.

Zweite Voraussetzung: Nachdem die rechten AstA-Gruppen, also RCDS/SLH und LA unüberlegt und leichtfertig die Koalition mit der Gruppe Frust aufgekündigt hatten, was übrigens nur der letzte Schritt einer langen Kette ständiger Nadelstiche und bewußter Provokationen des Goliath RCDS/SLH gegen den David Frust war, fiel ihnen jetzt plötzlich auf, daß sie ja im Studentenparlament keine Mehrheit mehr hatten.

Da RCDS/SLH & Co. aber auf Biegen und Brechen die von Frust und den Gruppen Jusos, LUST, SHB und MSB beantragten Änderungen zum Haushalt verhindern wollten, verlegten sie sich aufs Taktieren. Daß ihrem finanziell ruinierten AstA bei dieser Taktik, wenn also der Haushalt nicht verabschiedet worden wäre, die staatliche Zwangsbewirtschaftung gedroht hätte, wollten sie dabei in Kauf nehmen. Soweit Voraussetzung zweiter Teil.

Wie taktiert man im Studentenparlament, wenn man seine Mehrheit verloren hat und weiß, daß seine AstA-Tage gezählt sind? Sehen wir uns an, wie RCDS/SLH & Co. vorgehen: Sie zetteln endlose Geschäftsordnungsdebatten an, lassen zu relativ belanglosen Punkten vier verschiedene Leute reden, oder sie fechten pausenlos Abstimmungen an, beantragen Wiederholung und ähnliche Mätzchen.

Im Stil von Weimar, wo es ein beliebtes (und letztlich destruktives) Spiel war, Minister aus der Regierung "herauszuschießen", beantragen die Rechten 4 (in Worten: vier!) Mißtrauensvoten gegen den amtierenden SP-Sprecher Christoph Drösser. Die werden allesamt abgelehnt.

Weiter beantragen sie zwei "Personaldebatten", die nach Geschäftsordnung je 45 Minuten dauern und unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden müssen. (Was die Rechten nicht hindert, nachher auf einem AstA-Flugblatt rechtswidrig Inhalte dieser nichtöffentlichen Personaldebatte in die Öffentlichkeit zu tragen - Verstoß gegen § 8 II b der Satzung.) Das heißt: zweimal müssen alle an diesem Zirkus überhaupt noch interessierten Studenten den

großen Eßraum der Nasse-Mensa verlassen und sich müde und frustriert die Zeit in Flur und Treppenhaus vertreiben.

Was machen die Rechten noch? Sie bringen zwei Mißtrauensvoten gegen den 2. SP-Sprecher Bernd Hölzenbein und die Protokollführerin Jutta Konzelmann ein. Beide treten - weil dadurch das Mißtrauensvotum gegenstandslos wird - sofort zurück, um nicht noch mehr Zeit mit nutzlosem Clinch zu verschwenden.

Auf einem AstA-Flugblatt von RCDS/SLH-Leuten liest sich das dann (ohne jede Angabe von Gründen!) folgendermaßen: "Immerhin, der bis dahin stellvertretende SP-Sprecher Hölzenbein trat endlich zurück." So, nach Schuldeingeständnis klingend, ist das natürlich totale Irreführung.



Bis es endlich zur Abstimmung kommt, wird es 3.20 Uhr, erfahre ich später. Ich bin um zwei Uhr nach Hause gegangen. Mich hat das alles sehr frustriert und genervt. Es hat mir die ganze Tragwürdigkeit dieser Art, SP-Politik zu machen, vor Augen geführt.

Vorher, etwa um 1.20 Uhr, spricht mich eine SP-Vertreterin der Jusos an und sagt, bei den Linken sei eine Schwangere: die fühle sich nicht wohl und wolle gehen. Ich frage daraufhin einige Leute der rechten Fraktionen, ob sie aus Fairneß auch ein SP-Mitglied abziehen, damit das Kräftegleichgewicht erhalten bleibe. Das lehnen sie ab.

• • •

Ich fühle mich von einem Studentenparlament, in dem man derart inhuman ist, in dem man versucht, sich mit allen Mitteln gegenseitig am Reden zu hindern, in dem erschreckend wenig Toleranz gegenüber Andersdenkenden herrscht und wo die einen als Rechtsradikale, die anderen als Links-Faschisten beschimpft werden, nicht vertreten.

Es zeigt sich wieder, daß das Interesse der gesamten Studentenschaft an einem funktionierenden AstA gegenüber - eigentlich zweitrangigen - Gruppeninteressen (hier vorwiegend der rechten Gruppen) ohnmächtig in den Hintergrund tritt.

Statt Toleranz, Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Bemühen um Kompromiß findet die totale Konfrontation statt. (Ein Linker meinte übrigens, wenn sie in der Situation der Rechten gewesen wären, hätten sie genauso taktiert.)

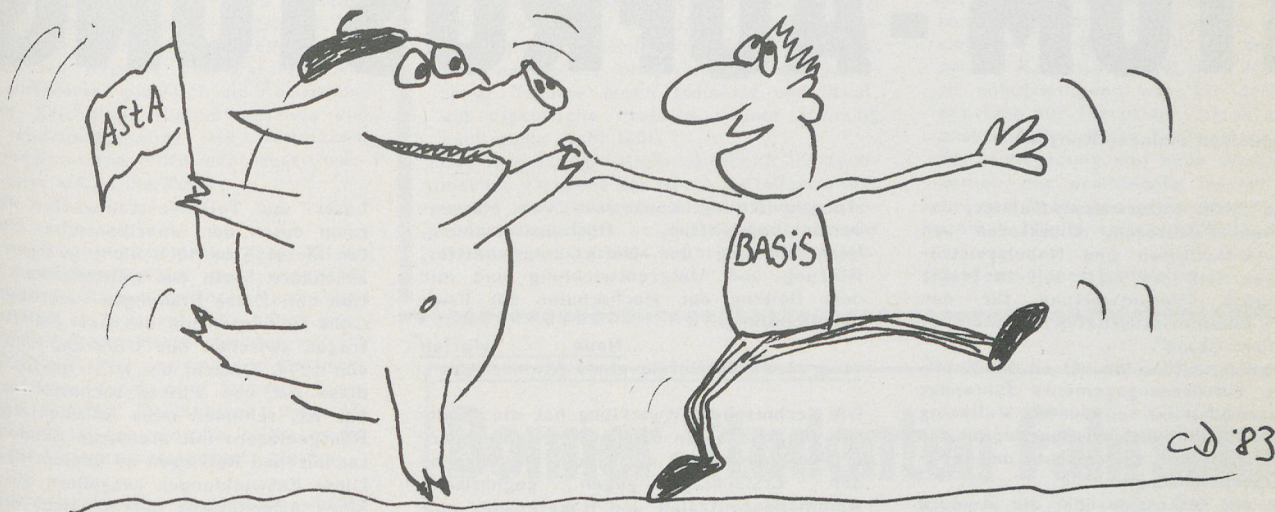
Ich meine: warum konnten die rechten Gruppen an diesem Abend nicht einsehen, daß sie schwächer sind? Warum können sie sich anderen Mehrheiten nicht beugen? So ist das nun mal in einer Demokratie. Und irgendwann muß auch mal abgestimmt, muß entschieden werden, hat taktische Blockadepolitik keine Legitimation mehr, sondern verhindert demokratische Entscheidungen.

Ich selbst sehe politische Auseinandersetzung eher als sportlichen Fight, der auf jeden Fall fair sein sollte und nicht persönlich verletzend. Gemessen daran nehmen - nach meinem höchst subjektiven Eindruck - viele Leute die Uni-Politik schrecklich tierisch ernst.

LINKER ASTA

Knapp 40.000 Studnetze haben einen neuen AstA.

Nachdem ein halbes Jahr die Rechte ihr Glück in einer Koalition versuchte, ist nun die Linke am Ruder: Auf der Sitzung des Studentenparlaments erhielt sie die notwendige Mehrheit.



Der nicht eindeutige Ausgang der SP-Wahlen im Januar machte den Wechsel möglich. Rechts wie Links verfügen im Studentenparlament nicht über die Mehrheit; beide erhalten diese jedoch, wenn die beiden nicht "festgelegten" Stimmen hinzukommen. Also konnten JUSO-HSG, SHB, MSB Spartakus, GAG und LUST mit Hilfe von FRUST das Gespann RCDS, LA und SLH ablösen.

Die Besetzung des neuen AstA:

Vorsitzender: Stefan Söldner-Rembold
 Soziales: Maria Leenen
 Antirepr.: Stefan Hages
 Frieden u. Intern.: Thomas Klepsch
 Öko/Kommun.: Kalle Winter
 Hochschule: Volker Köllner
 Fachschaften: Beate Krahnmann
 Kultur: Veronika Rüter
 Organisation: Günther Roth
 Finanzen: Gabi Meiswinkel

Die ebenso wie das Fachschaftenreferat (von der FK bestellt) autonomen Referate für Frauen und Ausländer müssen noch von Vollversammlungen der beiden Gruppen besetzt werden.

Der rechte AstA ist an seiner Politik gescheitert. Kein Aufgreifen der brennenden Probleme wie Studiengebühren, ein zynisches Begräbnis des von der CDU liquidierten BAFöG durch deren Nachwuchsorganisationen und eine lange Reihe hausgemachter wie aufgebauschter Skandale ohne jeden oder ohne nennenswerten Inhalt - z.B. "Meldeskandal" und andere Enten - rissen nicht nur niemanden vom Hocker sondern brüskierten auch die, die Studentenpolitik nach dem Prinzip Interessensvertretung ausgerichtet sehen wollen.

Im Januar war "wirksame Interessenvertretung" jedoch noch einer der hauptsächlichen Wahlkampfstrategen.

Der Rechte AstA ist an seiner Unfähigkeit gescheitert, effektive Aktionen für Studenten und vor allem mit Studenten zu entwickeln. Vierzehn (14) Teilnehmer einer Dampferfahrt nach Düsseldorf wegen des "Meldeskandals" und ca. dreißig (30) Teilnehmer beim BAFöG-Begräbnis verhöhnenpiepeln die studentischen Beitragszahler.

Ein den "Erfolg" verkündender und jubelnder AstA-Vorsitzender abends im Fernsehen bewirkt böses Blut und Beschämung bei all denjenigen, die Studentenpolitik an dem Prinzip der Interessenvertretung messen.

Dieses Prinzip stand jedoch im Wahlkampf auf allen Fahnen.

Der AstA ist an seiner zur Schau getragenen politischen "Abstinenz" gescheitert. Durch das Anwachsen der Friedensbewegung begreifen immer mehr, daß Sich-Heraushalten eine Unterstützung des Raketenkurses bedeutet. Frauen wissen, daß ihnen Frauenpolitik nützt - und das nicht nur erst seit ein paar Jahren. Die Ausländer erinnern sich an ihr eigenes Referat, ihre eigene Interessensvertretung im letzten Links-AstA.

Wer sich von jeder kritischen oder fortschrittlichen Bewegung abkoppelt, verrät sich schnell als Parteigänger der moralischen Wender. So ein großes Feigenblatt gibt's gar nicht.

Der AstA ist gescheitert an Unfähigkeit und Unverfrorenheit. FRUST saß ja mit im AstA, und deswegen bemerkte FRUST, daß hinter der direkten Nachbartür jemand 500,- studentische Mark pro Monat kassierte, um nicht da zu sein und für die ei-

gene Gruppe zu arbeiten. Das gewaltsame Eindringen in AstARäume durch eine RCDS-ler ist tatsächlich skandalös. Und wenn LA-Mitglieder sagen, die Frauen wollen sich auf dem Gebiet der Politik nur "abreagieren", so wird die Unverschämtheit offenkundig.

Das i-Tüpfelchen setzte das ungeplant im Studentenparlament offenkundig gewordene finanzielle Gebahren der beiden letzten Rechts-Asten. Da wurde so geschoben und geprellt, daß die Studentenschaft inzwischen im zweiten Jahr ohne Haushaltsgrundlage da steht - im gleichen Zeitraum jedoch gaben RCDS-, LA- und SLH-ler siebenstellige Summen studentischer Beiträge aus.

Der linke AstA muß zeigen, daß er es besser macht.

Nach seiner Programmatik sind entscheidende Unterschiede zu seinem Vorgänger der Einstieg in die großen hochschulspezifischen und sozialen Konflikte (Studiengebühren und BAFöG), die Beteiligung an der Friedensbewegung und die Ausweitung seines Betätigungsfeldes in den Bereich der Frauen- und Ausländerproblematik. Daß er auch sonst vieles besser machen will, versteht sich von selbst.

Überprüfen werden das die Studenten können, wenn der linke AstA eines der von ihm postulierten Prinzipien wahr macht - das der Transparenz und des gläsernen AstA. Denn: "Dieser AstA ist nur so gut, wie sich die Studenten mit ihm in ihm engagieren!"

Burkhard Hoffmeister

wegung zu beteiligen, insbesondere am 20. Oktober, dem Widerstandstag der Schulen und Hochschulen. Im Wintersemester soll an den Hochschulen ein "Dies Academicus" zum Thema Frieden durchgeführt werden. Außerdem soll die Vorbereitung von Ringvorlesungen zum Thema Frieden koordiniert werden.

Hinwendung zur Öffentlichkeit

Die öffentliche Veranstaltung auf dem überfüllten Mainzer Domplatz am Samstagabend machte die bewußte Hinwendung der Naturwissenschaftler an die Bevölkerung deutlich. Nach Grußworten des Mainzer Oberbürgermeisters Fuchs und des DGB-Landesvorsitzenden Lehlbach wurde unter der Leitung von Prof. v. Ditzfurth ein "Gedankenexperiment" vorgestellt: Die Zündung einer 150 Kilotonnen-Bombe über dem Kungebungsplatz. Ein Physiker, ein Strahlenbiologe, ein Mediziner und ein Experte für Katastrophenschutz schilderten plastisch die Auswirkungen der Explosion. Hunderttausende von Toten, Hunderttausende von Verletzten, denen medizinische Hilfe nicht zuteil werden könnte, wären die Folge.

Der schwedische Nobelpreisträger Alfvén rief die Wissenschaftler auf, angesichts der atomaren Bedrohung ihrer Verantwortung gerecht zu werden: "Wir haben bisher den Politikern unsere Meinung nur ins Ohr geflüstert. Nun müssen wir sie unter Druck setzen, durch eine Bewegung aus dem Volk heraus." Deutschland, mehr als alle anderen Länder bedroht, sollte an die Spitze des Umdenkungsprozesses treten.

Im anschließenden Abschlußplenum wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengetragen, und die Anwesenden verabschiedeten unter großem Beifall den "Mainzer Appell zur Verantwortung für den Frieden". Dieser Kongreß war eine Sensation. Noch nie haben Naturwissenschaftler mit diesem Gewicht und in dieser Zahl vor den Gefahren der Atomrüstung gewarnt und sich für das sofortige Einfrieren der atomaren Rüstung in Ost und West eingesetzt. Die Materialien des Kongresses werden im August als Spiegel-Buch erscheinen.

Jörg Hahn
Stefan Söldner-Rembold

Der Kommentar

DIE VERANTWORTUNG DER NATURWISSENSCHAFTLER

Geprägt wurden die Referate vom Grundgedanken der Verantwortung der Naturwissenschaftler. Vielfach herrschte noch die Meinung vor, die Verantwortung der Naturwissenschaftler bestünde in erster Linie in Information, selten wurden wissenschaftskritische Ansätze sichtbar.

Die für Naturwissenschaftler typische Loslösung der Problemstellungen läßt sie als prinzipiell wertfrei und damit auch nicht demokratisierbar erscheinen. Allein die individuelle moralische Verantwortung zählt, was angesichts ökonomischer und politischer Zwänge durch Industrie und Staat das eigentliche Problem meiner Meinung nach außer Acht läßt.

Die Benutzung naturwissenschaftlich-technischen Denkens als Herrschaftsinstrument wurde als Thema ebenfalls nicht angesprochen. Sicher ist es verständlich, da die Diskussion unter den Naturwissenschaftlern

noch am Anfang steht, daß in so kurzer Zeit alle diese Dinge nicht auch angesprochen werden konnten. Notwendig ist es aber sicher, über die reine Information hinaus, die Ehrfurcht vor der Politik zu verlieren und bald auch zu politischen Aktionen zu kommen.

Eine neue, an friedfertigen Inhalten orientierte, Wissenschaft braucht ebenfalls neue Strukturen, die die praktizierten autoritären Mechanismen abbauen. So pressewirksam und somit sinnvoll der Auftritt führender Kapazitäten auf dem Kongreß war, so unbefriedigend war für den einzelnen der fast nur rezeptive Charakter der Veranstaltungen. Beim Eröffnungsplenum, bei der Kundgebung und beim Abschlußplenum kamen nur prominente Redner zu Wort, bei den Referaten gab es immer nur einige wenige Möglichkeiten zur Diskussion.

Stefan Söldner-Rembold

Bonner Studenten Fahrschule

Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag und Mittwoch	von 17.00 bis 18.30 Uhr
Freitag	von 9.30 bis 11.00 Uhr
Unterricht Mittwoch	von 18.30 bis 20.00 Uhr

ANZEIGE

DAS PRESSE-SEMINAR IM URTEIL DER TEILNEHMER !!!

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen !!!
So beurteilen meine Seminar-Teilnehmer das Presse-Seminar:

- "Informativ und lehrreich; es hat mir gefallen." +++
- "Seminar hat mir gefallen, auch wenn ich ab und zu Schwierigkeiten hatte. Sehr lehrreich, informativ und sehr interessant." +++
- "Gut; interessant, da völlig neue Materie erarbeitet wird und zwar in kompakter Form. Ich habe viel lernen können." +++
- "Hauptziel: Das Wesentliche zu erfassen und darzustellen, wurde fachlich gut dargeboten. Trotz der Fülle des Stoffes ein zusammenhängender Grundriß. Es hat sich gelohnt." +++
- "sehr gut. Durch dieses Seminar habe ich ein Interessengebiet bei mir entdeckt, das ich sonst eventuell nie ausgebaut hätte. Vor allem bin ich über die vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten froh, die das Seminar eröffnet." +++
- "Es bietet einen guten Abriss des Themas; die gute Mitarbeit der Teilnehmer ist gut für das Verständnis." +++
- "Die aktive Teilnahme der Beteiligten ist für den einzelnen Teilnehmer von Vorteil. Guter Einblick in die journalistische Tätigkeit." +++

"Besonders gefiel mir die große Anzahl von praktischen Übungen während beider Seminare." +++

"Das Seminar ist gut aufgebaut. Vorschlag: Fotokopie als Arbeits- und Begleitheft erstellen." +++

"Ich fand beide Seminare hilfreich, informativ und belehrend - empfehlenswert." +++

"Verständlich, praxisnah, intensiv, lehrreich auch durch die Ergebnisse der anderen Teilnehmer." +++

"Ich fand die Seminare sehr gut, insofern, als sie mir hilfreich sein werden für meine weitere Tätigkeit." +++

"Ich fand das Seminar lebendig, informativ und gut aufnehmbar. Die praktischen Übungen fand ich besonders gut." +++

Die nächsten Seminar-Termine: 16.7.; 30.7.; 3.9.; 1.10.; 15.10.; 29.10.; 26.11.; 10.12.; 17.12.; 17.12.1983 // 21.1.; 4.2.; 18.2.; 17.3.; 31.3.1984

Nassestr. 11, 9 - 15 Uhr, Carl-Duisberg-Saal

Frau Marianne Siebert
Redakteurin und Dozentin

Laßt tausend Mützchen qualmen

ZUM HERRSCHENDEN WISSENSCHAFTSBETRIEB WISSENSCHAFTSLÄDEN ALS ALTERNATIVE

Damit sagt man nicht Neues mehr: Wissenschaft dient vor allem dem, der sie sich leisten und ihre Ergebnisse möglichst gut vermarkten kann. In Prozessen um Kernkraftwerke geben zu oft die bezahlten Gutachter den Ausschlag, bei der Stadtsanierung werden die Bedenken der Betroffenen mit streng wissenschaftlichen Ergebnissen, die zeigen, daß die neue Autobahn eben gerade hier nötig ist ..., platt gemacht. Letzte Zweifel an der gesellschaftlichen Qualifikation der "herrschenden" Wissenschaft beseitigte der Erfinder der Neutronenbombe, der in einem Interview kundtat, ihm sei es egal, ob er Bomben baue oder Autos oder sonstwas, er mache einen Job, wie jeder andere auch. Schwieriger zu finden sind Alternativen. Was macht der Naturwissenschaftler, Mediziner oder Jurist, der nicht zum "Kopflanger" von Rüstungslobby, Pharmakonzernen oder Versicherungsbürokratien werden will??? Gibt es so etwas wie eine "saubere Wissenschaft", oder bleibt nur das Aussteigen als Lösung?

Wetenschapswinkel in Holland... Angefangen hat es vor ca. 15 Jahren in Holland mit den Wetenschapswinkeln. Sie sind im Grunde Vermittlungsbüros zwischen Bürgern, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften usw., die ein Problem haben, das einer wissenschaftlichen Beratung oder eines (Gegen-) Gutachtens bedarf und Wissenschaftlern, die ihre entfremdete Berufspraxis satt sind und sich gemeinsam mit Betroffenen engagieren wollen. Schon bald kamen viele Anfragen zu Themen wie Stadtsanierung, Jugendarbeitslosigkeit, Frauenemanzipation, Berufskrankheiten, Natur- und Umweltschutz. Der Amsterdamer Laden verfügt inzwischen (dank der Förderung des Stadtrats) über einen Jahresetat von 100.000 Gulden und 15 hauptamtlichen Mitarbeiter. Er ist für die Amsterdamer Bürger und Initiativgruppen zu einem wichtigen Helfer im Kampf gegen Firmen und Bürokraten geworden.

..Wissenschaftsläden in Deutschland Inzwischen haben sich auch in Deutschland etwa 8 Läden gegründet, so z.B. in Essen, Hamburg, Kassel und Münster. Sie haben allerdings nicht annähernd Größe und Bedeutung ihrer holländischen Vorbilder erreicht, aber was nicht ist, kann ja noch werden.

Es gibt zwei unterschiedliche Konzepte, die sich vielleicht an den Beispielen Essen und Hamburg verdeutlichen lassen: Der Essener Laden ist der Universität angegliedert. Das hat Vorteile, wie z.B. eine hauptamtliche Stelle, eine (wenn auch kleinen) Sachmitteletat und guten Kontakt zu Instituten und Professoren, was besonders für Studenten wichtig ist, die im Laden mitmachen, weil sie so hoffen, gesellschaftlich relevante Themen für Doktor- und Diplomarbeiten zu finden.

Die Hamburger hingegen arbeiten unabhängig von der Uni. Sie beraten überwiegend Betriebsräte und Gewerkschaftsgruppen, wenn es um die Einführung neuer Technologien, Rationalisierung, Leistungsüberwachung, Kontrollsysteme usw. geht. Man fi-

nanziert sich so im Wesentlichen aus den Töpfen des sozialpolitischen Gegners, denn Unternehmen sind nach dem Betriebsverfassungsgesetz gezwungen, Mittel für Sachberatungen zur Verfügung zu stellen. Die Mitarbeiter können von der Laden-Arbeit leben, die so gewonnene Unabhängigkeit muß aber mit einer Spezialisierung auf den oben beschriebenen Themenkreis erkauft werden, da sonst professionelle Beratung nicht mehr möglich ist.



Völker, hört die Signale

Hilfe zur Selbsthilfe Die Läden verstehen ihre Arbeit vor allem als Hilfe zur Selbsthilfe, denn die Gefahr ist groß, daß sich zwischen dem Ladenprofi und dem Beratung Suchenden alte Abhängigkeitsverhältnisse im neuen Kleid wieder einstellen. Der Wissenschaftler soll sich "tendenziell überflüssig machen" und die Kunden in die Lage versetzen, mit den wissenschaftlichen Ergebnissen der Anfrage, ihre Situation selbst zu verbessern und Durchsetzungsstrategien zu entwickeln. Nur im Rahmen einer übergreifenden politischen Bewegung wird sich die alternative Wissenschaft, wie sie sich in den Läden darstellt, jener Muttermerkmale entledigen können, die die herkömmliche Wissenschaft zu einem so geeigneten Instrument der Herrschenden gemacht haben. Dazu gehören die fachliche Zersplitterung und die Angst vor Parteinahme ebenso wie die Abgehobenheit von den Betroffenen und der sozialen Realität.

Alternative Wissenschaft muß demgegenüber ganzheitlich, konfliktfähig, dezentral und bürgernah sein, so daß für jedes einzelne Projekt entscheidbar ist, wem es nützt und wem nicht. Daß sich die Fragen konkret stellen, daß sich Aspekte ergeben die erst in der praktischen Arbeit sichtbar werden und daß gemeinsam mit Betroffenen konkrete Probleme zu lösen sind, darin liegt die große Chance der Wissenschaftsläden. Und in Bonn ???

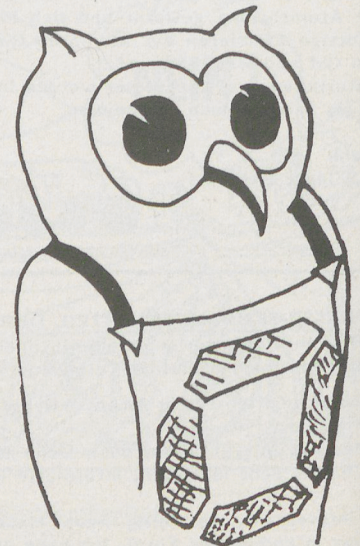
An der konservativen Bonner Uni einen Wissenschaftsladen in die Gänge zu kriegen, ist sicher ein mühsames Geschäft. Daß es sich lohnen kann, zeigt für mich persönlich schon die Aussicht, mit meiner Doktorarbeit nicht einem Pharmakonzern bei der Erhöhung seines Umsatzes helfen zu müssen, sondern z.B. mit einer Arbeit über die Giftstoffe einen Betriebsrat im Kampf gegen krankmachende Produktionsverfahren unterstützen zu können. Ein Wissenschaftsladen, der beim Zugang zu gesellschaftlich relevanten Problemstellungen hilft, kann für viele der Weg heraus aus dem Elfenbeinturm sein.

Ein 1. Schritt ist die Gründung einer Arbeitsgruppe im ASTA, die Kontakt zu anderen Läden aufnimmt, Informationen sammelt und dann... Wer Lust hat, mitzumachen, melde sich im AKUT-Büro (Nassestr. 11, ASTA-Etage). Nach Volker fragen!

Die Zeitschrift "Wechselwirkung" fragt im vergangenen Jahr bei vier bundesdeutschen Wissenschaftsläden an, was für Anfragen bei ihnen eingegangen waren:

Von 160 Anfragen kamen ca. die Hälfte von Einzelpersonen, die andere Hälfte von Betriebsräten/Vertrauensleuten, Bürger-Mieter-, Elterninitiativen, Selbsthilfegruppen, Kollektiven, Land-WG und Organisationen wie den "Grünen". Die Anfragen lassen sich unterteilen in solche, die wissenschaftliche Argumente in eine bereits laufenden Auseinandersetzung fern sollen:

- Untersuchung über die Auswirkung der Privatisierung von Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet,
- Gefährlichkeit von Dämpfen aus einer chemischen Reinigung,
- Stellungnahme gegen Foliennessen und Tiefkühlkost in einer Kindertagesstätte,
- ökologische Argumente gegen Schnellbahntrasse der Bundesbahn,
- Stellungnahme zur Einführung neuer Technologien im Betrieb (Datenerfassung, Personalinformationssysteme, Textverarbeitung usw.),



- ökologische Folgen eines Möbelmarkt-Neubaus,
- Auswirkungen einer Mülldeponie auf landwirtschaftlich genutzte Flächen,
- Verseuchung eines Sees,
- Schadstoff- und Lärmmessung an einer Straße, die verkehrsberuhigt werden soll,
- Strahlenbelastung an Datensichtgeräten,
- Gefährdung von Kleinkindern durch Hundekot in Grünanlagen,
- Verwendung des Fettes beim Walfang!

Anfragen, die praktische Hilfe für eigene Maßnahmen geben sollen:

- 2 Anfragen zur Wiederinbetriebnahme von Wasserkraftwerken,
- Schallisolation in einem Reiheneigenheim,
- Eignung von Honig als Diät für Diabetiker,
- Bau eines Brotbackofens,
- Atemschutzmasken für Fahrradfahrer,
- Recycling von Kunststoffabfällen,
- Untersuchung von Gesteinsmehl für biologischen Landbau,
- verschiedene Anfragen zu Wärmeisolationsproblemen,
- Anfragen zu Wärmepumpen und Sonnenkollektoren;

Anfragen, die auf juristische, administrative oder organisatorische Hilfestellung in laufenden Auseinandersetzungen zielen:

- Herstellung von Kontakten alleinerziehender Mütter,
- Probleme einer Schülerin beim Übergang vom Gymnasium auf eine Gesamtschule,
- Zuständigkeit von Behörden bei der Nutzung eines Grundstücks im Naturschutzgebiet,
- Kampf gegen Eigentümer bei der Neufassung veralteter Bebauungspläne,
- Möglichkeiten von Steuerboykott,
- Kampf gegen finanzielle Kürzungen bei der Drogenarbeit und in der Jugendhilfe,
- Genehmigungsverfahren für eine freie Schule,

- Hilfe bei einer empirischen Untersuchung eines Kulturzentrums,
 - Aufbau einer Kontaktstelle über Frauenarbeitslosigkeit,
 - Mitarbeit an Betriebsvereinbarungen und rechtliche Beratung in Fragen neuer Technologien in Betrieben;
- schließlich Anfragen, die den Willen um die Begutachtung eigener Ideen bitten:**
- Überlegungen zur Herstellung eines "Perpetuum Mobile",
 - Theorie über die Entstehung des Mondes und die Funktion des Weltalls,
 - Entwicklung einer Vielstofffreikolben-Gasturbine.

(die Liste der Anfragen ist nicht vollständig, weil nicht alle vier Willen sämtliche Anfragen aufgeschlüsselt haben.)

Volker Köllner

A K U T AKTUELL

Der Senat der Fachhochschule Aachen hat am 7. Juli einen "Friedens-Dies" für den 20. Oktober beschlossen. Er folgte damit einem Antrag des AstA der FH, der gefordert hatte, allen Studenten und Mitarbeitern am 20.10. - dem Friedensaktionstag der Schulen und Hochschulen - die Möglichkeit zu geben, aktiv auch in Veranstaltungen gegen die Stationierung neuer Atomraketen zu beteiligen. Die Räume der Hochschule stehen dafür zur Verfügung.

Leserbrief:

Zur Umwandlung des Presse- und Öffentlichkeitsreferates des AstA UNI BONN in ein "frauenreferat" lt. HH-Plan 1983/84

1. Geschichte

Das Presse- und Öffentlichkeitsreferat gehört seit Bestehen des Bonner AstA zu den "Kernreferaten" der Studentenvertretung. Wurden unter unterschiedlichen Mehrheiten im SP verschiedene heute Referate geschaffen, alte gestrichen, so stand die Existenz des Presse- und Öffentlichkeitsreferates immer außer Zweifel. Und das aus gutem Grund:

2. Aufgaben

Die beste AstA-Arbeit nützt nichts, wenn keiner davon erfährt. Deshalb sorgt das Presse- und Öffentlichkeitsreferat für die Information

a) der Studentenschaft. Viele Studenten blicken nicht über den Tellerrand ihres Studiums, ihres Fachbereichs oder ihrer Universität hinaus. Darum ist es wichtig, ihnen Themen und Aktionen der Studentenschaft nahezubringen, sie zu informieren und um Unterstützung zu werben. Ein Flugblattservice sowie der regelmäßige Pressespiegel dienen Studenten wie Fachschaften als Informationsquelle, geben Material für eigene Aktivitäten. Auf Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen kann sich der mündige Student eine Meinung zu diesen Problemen bilden; eigenständig, ohne einseitige Beeinflussung.

b) der außeruniversitären Öffentlichkeit. Studenten haben keine Lobby. Meist stehen sie mit ihren Forderungen ganz

allein. Deshalb ist es wichtig, über die Medien in der Öffentlichkeit für Verständnis für studentische Anliegen zu werben und so den Druck der öffentlichen Meinung für seine Sache zu gewinnen. Das hilft, Dinge durchzusetzen und die Kluft zwischen Studenten und Bürgern nicht zu groß werden zu lassen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist es notwendig, oft im AstA präsent und damit erreichbar zu sein, täglich ein Dutzend Zeitungen zu studieren und zu analysieren und immer in Kontakt mit Medien und Studenten zu sein - ein Arbeitsaufwand, der einen Referenten sowie einen Hilfsreferenten vollauf beschäftigt.

Nun ist im Haushalt 1983/84 das Presse- und Öffentlichkeitsreferat in ein "frauenreferat" umgewandelt worden. Mit einigen Tausend Mark, um die sein Haushalt erhöht wurde, soll nun der AstA-Vorsitzende die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit leisten.

Ganz abgesehen, daß diese Tatsache in der Geschichte der Bonner Studentenschaft ein absolutes Novum darstellt und auch ganz abgesehen von der Diskussion um die Notwendigkeit eines "frauenreferates", eines autonomen gart, die wohl an anderer Stelle geführt wird, ist der neue Arbeitsaufwand für den AstA-Vorsitzenden nicht zu bewältigen.

Denn seine ursprünglichen Aufgaben wie Repräsentation der Studentenschaft, Kontakt mit Rektorat und öffentlichen Stellen, Leitung des AstA, Einbringen von Themen und Aktionsideen in die Arbeit der Studentenschaft usw. bleiben bestehen.

Sie nehmen ihn mehr als bisher in Anspruch, da auch sein bisheriger Hilfsreferent gestrichen wurde.

So muß er zusätzlich noch zu dieser Mehrbelastung die erwähnten Aufgaben des Presse- und Öffentlichkeitsreferates wahrnehmen, das heißt als Einzelner die Arbeit von drei bis vier Personen erledigen. Abgesehen von der Unvereinbarkeit von AstA-Vorsitz und AstA-Pressesprecher sind diese Aufgaben allein vom Zeitaufwand her nicht zu bewältigen.

Fazit:

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Bonn ist in weiten Teilen nicht mehr gewährleistet. Der AstA-Vorsitzende kann seine ureigensten Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Die Studentenschaft ist nicht in der Lage, ihre Ansichten und Aktionen einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und dort um Verständnis zu werben. Dies wird dazu führen, daß weniger Forderungen als in der Vergangenheit durchgesetzt werden können. Der AstA löst sich von der Studentenschaft, da er sie nicht mehr in geeigneter Weise informieren kann. Die einzelnen Fachschaften werden uneffektiver in ihrer Arbeit, weil sie viele Informationen nicht mehr erhalten.

Die Arbeit der Organe der Verfaßten Studentenschaft an der Universität Bonn ist schwer beeinträchtigt. Eine Wahrnehmung der Aufgaben nach Wiss.HG § 71, insbesondere (2), 2 und (3) ist nicht mehr gewährleistet.

Jörg C. Dietzel

Frauen nehmen ihre Sache selbst in die Hände

Wieso studieren weniger Frauen als Männer?

Aber schlimmer noch, dieses Semester haben bereits weniger Frauen als zuvor ein Hochschulstudium aufgenommen.

Worin liegen die Gründe, daß mehr und mehr Frauen ihr Studium abbrechen?

Parallel dazu ist festzustellen, daß Frauen von der Arbeitslosigkeit weit stärker als Männer betroffen sind.

Die Ursachen dafür sind gesellschaftliche.

Es ist zu beobachten, daß diese Tendenzen Hand in Hand gehen mit politischen Maßnahmen seitens der Rechtsregierung.

Genannt seien z.B. die Umstellung von BAFöG auf Vollkredit, die Angriffe auf die Teilreform des § 218, Studienverschärfungen im gesamten Unibereich (wobei insbesondere die Studiengänge mit hohen Frauenanteilen betroffen sind), ein Emanzipationsverständnis, welches sich an der "Öffnung" der Bundeswehr für die Frauen orientiert usw.

Gleichzeitig wird eine Stimmung geschaffen, in der die traditionelle Rolle der Frau wieder eine besondere Zuwendung und Aufwertung erfährt.

In der Zeit einer schwierigen wirtschaftlichen Lage scheint den regierenden "Herren", wie auch in verschiedenen anderen historisch vergleichbaren Situationen (z.B. Industrialisierung, Krisenzeit der Weimarer Republik, 3. Reich...) mal wieder nichts anderes einzufallen, als die wirtschaftlichen Probleme im Besonderen auf dem Rücken der Frauen auszutragen.

Diese Frauen, das sind wir alle!

Wir wollen nicht einzeln gegen unsere Situation ankämpfen, resignieren oder gar uns anpassen!

Deshalb nehmen wir unsere Sachen selbst in die Hände! (und deren haben wir viele!!!!)

Im Rahmen des bundesweiten Frauen-Protesttages fand eine Frauenvollversammlung statt, in der das Interesse artikuliert wurde, für uns Frauen an der Uni wieder selbst aktiv zu werden.

Auf der Frauen-VV wurde deutlich, daß Frauen einen Treff- und Koordinationspunkt brauchen.

Auf unserer Umschau nach Räumlichkeiten stießen wir auf das Anti-Repressionsreferat, unter das uns der rechte AstA zu subsumieren gedachte. Jenes Referat versteht sich als zuständig für: Ausländer, Lesben, Schwule und Frauen, sprich sog. "Minderheiten".

Kurz und knapp zum weiteren Verlauf: Die auf der Frauen-VV beschlossenen Anträge wurden ausformuliert und ins SP eingereicht. Am 23.6. wurden diese Anträge dann angenommen, von Rechten aus formalen Gründen angefochten und in der SP-Sitzung vom 30.6. erneut mit Mehrheit angenommen.

Außerdem wurde ein linker Haushalt beschlossen, der Sachmittel in Höhe von 11.000,- für das autonome Frauenreferat bereithält.

Weiterhin trafen sich immer mehr Frauen einmal die Woche.

Wir stehen jetzt an einem Punkt, an dem wir uns überlegen müssen, wie wir formal und inhaltlich unsere weitere Arbeit ausstellen wollen.

Wir wollen keine starre und hierarchische Programmik und lassen uns weder von rechten noch linken Männern sagen, was wir wollen, und wie wir das zu tun haben.

Einzig und allein entscheidend sind die Anliegen von Frauen! Dazu braucht's Frauen, die offen sind oder offen werden wollen für frauenspezifische Fragestellungen.

Wie wär's mit dem Ansatz, und das in allen "Lebenslagen": "Was haben wir Frauen davon?"

Selbstbewußtsein schaffen, motivieren, kreativ sein, mutig werden, aktivieren, sensibilisieren, uns einmischen, politisieren... und das auf allen Ebenen, aber auch angehen gegen reaktionäre, frauenfeindliche und antifeministische "Machenschaften"!

Wenn wir Frauen was für uns tun wollen, und sonst macht's keiner, müssen wir viele werden!

Hier die nächsten Frauen-Treff-Termine:

- Frauen-Treff, regelmäßig Mi 18 Uhr, Politologisches Seminar, Hofgarten 17, großer Übungsraum

- Frauen-Café: Mi 14-18 Uhr, Fachschaftszimmer, Politologisches Seminar, Hofgarten 16/17

- Frauen-Wahl-VV: Mi 13.7. 17 Uhr HS 17 (Hauptgebäude, bei Anglisten/innen)

Hoffentlich bald - richtet es ein, wenn nicht vorhanden - an den schwarzen Brettern (z.B. der Fachschaften) lila Info-Blätter zum Informationsaustausch.

Susanne
Bärbel
Antje
Karin
Sybille
Claudia
...

"Nachträgliches" Vorwort

Sollte dieser Artikel noch ein zweites Mal verloren gehen bzw. widerrechtlich kopiert werden, sollte sich gar der Verdacht bestätigen, er sei durch kriminelle Mafiotische Taten geklaut worden, präsentieren wir denjenigen, welche... einen Teil des Watergate-Skandal ersten Ranges...

Mit wenig schweesterlichen Grüßen

Claudia, Bärbel u.a.

Humoristische Auflockerung eines Seminars

- oder der ganz alltägliche Sexismus an der Uni

Trocken sind die zu erlernenden Dinge im geographischen Seminar des Prof. Dr. Hahns, da mußte ich ihm beiflichteln! Persönlich kennelernen durfte ich ihn ausgelöst durch meinen immer noch anscheinend unüblichen "Wunsch" mit Frau angesprochen zu werden.

Als Erklärung begründete ich, bin ja durchaus dialogfreudig, ich wolle nicht über - irgendeinen Mann identifiziert werden, bei Männern existiere kein entsprechendes Herrlein und zudem gehe mein subjektives Empfinden der Bezeichnung Fräulein etwa in Richtung von Fräulein, -klein, -fein (Srrrr!)

Seine Fräulein-Begründung lautete, er habe vor längerer Zeit eine Frau, die einen Doppelnamen hatte, mit Frau angeredet, worauf jene ganz entrüstet geantwortet hätte, aber Fräulein bitte! Jetzt solle ich mir doch mal seine Probleme vorstellen, immer einzeln entscheiden zu müssen, ob Fräulein oder Frau und überhaupt der schwierige Dozentenalltag...

Meine weibliche Samariterseele harrete umsonst der Anschwellung! Mein Vorschlag, doch einfach alle Frauen mit Frau anzureden und nur auf besonderen Wunsch mit Fräulein, ich hatte vorher mit den Frauen im Seminar gesprochen, und alle wollten gerne Frauen sein, stieß auf Ablehnung, ich blieb die einzige Frau, die anderen weiterhin Fräuleins.

Auch war es jener Dozent, der bei der Beschreibung einer Besamungsstation meinte, daß besonders für junge Mädchen, wie wir es sind, gerne Führungen von den dort Arbeitenden durchgeführt werden. Auf diese Aussage hin bemerkte ich, daß sich mir da als historisch sensibilisiertes Wesen ganz üble Vergleiche aufdrängen, und zweitens, was für ein Frauenbild er denn da in seinem Seminar verbreite, etwa in Richtung von kichrigen, errötenden Mädels beim Anblick von Stier-Sperma???

Ersteren Vergleich wies er weit von sich ab, ich will ihm da auch nichts unterstellen, zweiteren blieb.

Seine Begründung, um unser Desinteresse aufzulockern und die Stimmung zu heben, hätte er es halt mit ein paar Witzen versucht. Mein Humor wird dabei nicht angesprochen, im Gegenteil!

Dann noch so wahnwitzige Vorstellungen in meinem Kopf, daß vielleicht ein paar dialektische Veränderungen im Unterrichtsverlauf eher dazu geeignet wären, Interesse zu wecken, ach Ja.

Ein letztes Beispiel seines Humorrepertoires, in diesem Falle, um einer Theorie (der, der "zentralen Orte") praktischen Bezug zu verleihen, insofern also durchaus begrüßenswert, meinte er: "Stellen Sie sich vor, ein Mann geht fremd (kollegiales Angenzwinkern) und er will deshalb seiner Frau einen Diamantring kaufen, wohin muß er dann fahren?"

Diamonds are a girls best friend, oder wie? Ob das wohl was nützt, meine Herren?

Hilft der Dialog mit den Dozenten nicht weiter, dann sollte es, wie auf einem Frauen-Treffen bereits angesprochen, wirklich bald die "lila Karte" geben, die in solchen Fällen gezeigt werden kann, auch Lehrende, wenn nicht anders möglich, durch diese Aufforderung zum Lernen angeregt werden!

In ständiger Hoffnung auf Fortschritte

Claudia

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...



An den Studenten vorbei?

SLH - Bonn am Ende?

In den letzten Wochen ist an der Uni eine Hochschulgruppe ins Gerede gekommen, die seit einigen Jahren ständig an Boden verliert. Gemeint ist hier der Sozialliberale Hochschulverband an der Universität. von **Bernd Hölzenbein**

Vor 2 Jahren noch mit 4 Sitzen im Studentenparlament, mußte der SLH dieses Jahr mit 2 Sitzen vorlieb nehmen. Im folgenden Beitrag seien einige Gründe dafür genannt, wie es zu einer solchen Entwicklung kam.

Der Gedanke einer sozialliberalen Hochschulgruppe, also von Studenten, die die Ideen des Sozialliberalismus in ihrer Studentenpolitik verwirklichen wollten, findet und fand in der Studentenschaft weit mehr Anklang, als dies die 2 Sitze des SLH vermuten lassen. Doch wo liegen nun die Gründe für das Nichtausschöpfen dieses Wählerpotentials?

1. DIE PERSONEN:

Der SLH - Bonn ist in der Vergangenheit von Leuten geprägt worden, die die Jusos in ihren Forderungen zu radikal hielten, jedoch eine konservative Politik ala CDU/CSU und der Rechten in der F.D.P. ebenso strikt ablehnten. Ihr Dauerbündnis mit dem RCDS war daher eher eine Mußehe, da auf der linken Seite die Kompromisse an die Gruppe (z.B. Verzicht auf eine Koalition mit MSB/SHB) nicht durchsetzbar waren. In der letzten Zeit haben sich jedoch diese gemäßigt SPD Mitglieder oder linke F.D.P. Leute immer mehr aus dieser Gruppe zurückgezogen, da sie dort keine politische Heimat mehr fanden. Woran lag dies?

Liberalen, verstand es, seine stramm konservative Haltung immer mehr in den Vordergrund zu schieben und so die Gedanken des Sozialliberalismus immer mehr zu verdrängen. So verwundert es auch nicht, daß Josef Tutsch ein Verfechter und Anhänger des Regierungswechsels im Herbst 1982 war.

Als Spitzenkandidatin für die letzte Studentenparlamentswahl zog Sabine Teckhaus für den SLH ins SP ein. Sabine war bis jetzt wohl die letzte Verfechterin des sozialliberalen Gedankens im SLH. Trotzdem gelang es ihr nicht, sich ihrem "Lehrer" (so bezeichnet sie selbst Josef Tutsch) und den rechtsgerichteten Jungliberalen entgegenzustellen und sich gegenüber diesen durchzusetzen. Bezeichnend, daß Sabine Teckhaus schon kurz nach der Wahl Alexander Porkorny Platz machen mußte, da der RCDS sie als ASTA Vorsitzende nicht akzeptieren wollte.

Neben Josef Tutsch verkörpert wohl Christian Barath die neue Richtung im SLH am deutlichsten. Barath war es auch, der während des letzten Wahlkampfes zum Studentenparlament offen für Studiengebühren eintrat. ("Außerdem weise ich auf das Entscheidende zurück, daß die Forderung nach Hochschulgebühren unsozial ist und gegen die Interessen der Studentenschaft sind." Barath in einer

zusammengeschmolzen, der auch noch durch sein Verhalten nach außen nicht den Eindruck eines Sozialliberalen erweckt. Claus Radziwill ist seit 83 für den SLH im Studentenparlament und etwas länger in der Fachschaft Jura tätig. Statt mit aktiver Studentenpolitik seine Wahl zu rechtfertigen, versucht Radziwill, durch persönliche Intrigen auf der Karriereleiter nach oben zu steigen. Claus ist übrigens stolz darauf, schon mehrere Male vor Gericht wegen einer Beleidigung gestanden zu haben, wobei er sich brüstet, jedes Mal wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden zu sein. Auch momentan ermittelt die Staatsanwaltschaft Bonn gegen ihn wegen Beleidigung, da er ein SP-Mitglied als Faschisten bezeichnet hatte. Durch sein Verhalten hat sich Radziwill bei Rechts wie Links gleichermaßen unbeliebt gemacht, sodaß er von fast keiner Gruppe mehr als Verhandlungspartner akzeptiert wird. Auch die Wähler haben dieses Verhalten Radziwills spitz bekommen, denn seine bisherige "Lobby", daß Juridicum ließ seinen Verband Anfang des Monats sang und klanglos untergehen, sodaß die Fachschaft Jura jetzt ohne den SLH gebildet werden kann. Blicke zu hoffen, daß der SLH aus eigener Initiative auf diesen Machiavellisten in Zukunft verzichten würde. Doch wer könnte eine solche Entwicklung beim SLH - Bonn einleiten?

Von den aktiven SLH - Mitgliedern (ca. 7 Leuten) sind 4 F.D.P. Mitglieder bzw. "Junge Liberale". Nur 2 Mitglieder sind parteipolitisch unabhängig und wie schon gesagt nur einer SPD - Mitglied. Das diese Entwicklung zugunsten der "Jungen Liberalen" anhalten wird, befürchtet auch Sabine Teckhaus, die es nach eigenen Angaben bisher verstanden hat, als Vorsitzende des Ortsverbandes diese Entwicklung zu bremsen.

2. DIE STUDENTENPOLITISCHE ARBEIT

Der SLH lehnte schon immer das uneingeschränkte Allgemeinpolitische Mandat für die Studentenschaft ab, jedoch nahm er stets für sich ein politisches Mandat in Anspruch. Dieses wird so verstanden, das der Verband kontroverse politische Meinungen nur gegenüberstellt (z.B. Podiumsdiskussion), ohne dem Studenten eine bestimmte Meinung aufzudrängen. Mit dieser Einstellung kam der SLH auch bei den Studenten recht gut an.

Doch was der SLH versäumte, war die tägliche Arbeit für die Studenten, die durch die Gruppe z.B. im ASTA zu leisten gewesen wäre. So stellt der SLH schon seit eineinhalb Jahren die Antirepressionreferentin, ohne das hier ein Mindestmaß an Arbeit geleistet wurde. War die erste Referentin so unzulänglich, daß der Verband sie aus eigenem Antrieb auswechseln



Der SLH - Bonn wird seit einigen Jahren immer mehr von einem Altfunktionär beeinflusst, der es immer besser verstand, sich seine eigenen Schüler heranzuziehen. (Originalzitate von einigen SLH - Mitgliedern, die sich als Schüler von Josef Tutsch bezeichnen.) Dieser Oldie der Studentenpolitik (Josef Tutsch ist im 28. Semester), Parteimitglied der Jungen

Erklärung vor dem Studentenparlament; erschienen als SP Aktuell am 28.1.83)

Trotz diesen Vorgängen verzichtet der SLH auch weiterhin nicht auf Christian Barath, der der Gruppe durch seine Äußerungen ständig und langfristig schadet.

Der SPD - Flügel des SLH ist nach mehreren Austritten auf nur einen Mann

mußte, leistete ihre Nachfolgerin nach Angaben eines ehemaligen SLH - Mitgliedes auch nicht viel mehr. Aus Proporzgründen besetzte man im Januar wieder dieses Referat mit einer Frau aus den eigenen Reihen, die auch keine bessere Arbeit leisten konnte, da sie mitten im Examen stand. Die Chance, sich durch eine ansprechende Leistung zu profilieren wurde also wieder verlan. Statt dessen kassierte Josef Tutsch als Hilfsreferent in diesem Referat 220 DM im Monat, wobei sein Arbeiten leider nur aus dem Leiten der Hetzkampagne gegen die FRUST und das Fälschen von FRUSTBLÄTTERN bestand. Eine weitere Möglichkeit, sich durch gute Leistungen im AStA der Studentenschaft zu empfehlen,

bot sich im Januar, als die FRUST die Wahl von Alexander Porkorny (SLH) zum AStA - Vorsitzenden durchsetzen konnte. Doch auch Alexander Porkorny verstand es nicht, seiner Arbeit eine eigene Note (die sozialliberale wäre gefragt gewesen) zu geben.

Als Spielball des RCDS (der Vorsitzende des RCDS beknetete ihn täglich) geriet er schnell durch dessen Drohungen in die Abhängigkeit des RCDS und ließ sich immer öfter von diesen sein Handeln diktieren. So wird wohl Alexander einer der wenigen AStA - Vorsitzenden sein, der seine Arbeit nicht in zahlreiche Stimmen für seine Gruppe ummünzen konnte.

Eine wohl letzte Chance bietet sich nun

für den SLH durch die Wahl des linken AStAs. In der Opposition kann er konstruktiv für die wirklichen Belange der Studenten (zum Beispiel BAFÖG - Verhinderung von Stellenstreichungen, keine Verschärfung des Demonstrationsrechts einreten. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn der SLH sich wieder an seine sozialliberalen Grundanschauung orientiert und statt politischer Propaganda ganz konkret für Studenten Arbeit leistet. Erst in diesem Augenblick wird er eine alternative zu den konservativen Gruppen an der Uni darstellen. Eine Degeneration zum Hochschulverband der "Jungen Liberalen" wäre das sichere Ende des SLH an der Uni Bonn.

Aus den Fachbereichen: Soziologen verlieren ein Semester

Soziologie

Empirie I gestrichen: Soziologie-Studenten verlieren ein Semester.

"Die Mollis machen", kündigte der Fachschaftssprecher für Soziologie noch am Donnerstag, 30. Juni, an. Das dürften wir uns nicht gefallen lassen, Widerstand mußte mobilisiert werden.

Schon nach vier Tagen kam die Ernüchterung: Es sei wohl nichts mehr zu machen, hieß es am Montag. Die "Einführung in die empirische Sozialforschung I", wie die Pflichtübung offiziell heißt, wird im WS 83/84 nicht angeboten. Dafür zwar dreimal die Empirie II, aber die kann - da beide aufeinander aufbauen - nur besuchen, wer die Empirie I erfolgreich absolviert hat.

Was tun? Da gibt es nicht viel. Hoffen, daß die Pädagogische Fakultät vielleicht noch etwas anbietet, oder eben ein Semester verlieren. BAFÖG-Abhängige trifft das besonders hart.

Der Eindruck drängt sich auf, als planten Lehrveranstaltungsplaner irgendwo frisch drauflos, ohne sich groß darum zu kümmern, was der aktuelle Bedarf der Studenten ist, oder daß vielleicht auch einige Studenten jetzt in Schwierigkeiten kommen könnten.

Medizin: Aktionstage für bessere Ausbildung und gegen Prüfungsverschärfungen

Wie jeder aufmerksame Spiegel-Leser inzwischen weiß, liegt bei der Medizinerbildung einiges im Argen. Die Ausbildung ist extrem praxisfern, der Student hat kaum Kontakt zu Patienten, er lernt nur Theorie. Entsprechend hilflos sind die frisch von der Uni kommenden Ärzte erst einmal in der Praxis.

Um diesem Übel abzuwehren, bastelt man im Gesundheitsministerium schon seit einigen Jahren an einer Novelle der Ausbildungsordnung. Doch anstatt das dringend benötigte Mehr an Praxis ins Studium zu bringen, denkt man dort nur an Prüfungsverschärfungen und eine Verlängerung der Ausbildung mit Ausgliederung der praktischen Ausbildung aus dem Studium. Im einzelnen ist geplant:

- Die umstrittenen Multiple-Choice Prüfungen sollen benotet werden (Bis jetzt gab es nur bestanden oder nicht bestanden, d.h. nach dem Examen hatte jeder erst mal die gleiche Chance auf einen Arbeitsplatz). Offiziell begründet wird die Einführung der Benotung mit dem Rückzahlungsmodus der BAFÖG-Novelle (25% Erlaß für die 10% Jahrgangsbesten). Außerdem wurde uns gesagt, die neue Bundesregierung halte es nun mal mit dem Leistungsprinzip. Und dem zu Folge muß jede Prüfung benotet werden, wie schwachsinnig sie auch sei.

- An das Studium soll eine 1-2 jährige Praxisphase angeschlossen werden. Während dieser sollen 2-4 Jungmediziner in mit völlig ungeklärten Kompetenzen auf einer Assistenzarztstelle, die zu diesem Zweck aufgeteilt wurde, im Krankenhaus arbeiten. Dies bedeutet, daß in keiner Weise versucht wird, an den bisherigen sechs Studienjahren etwas zu verbessern, es werden einfach ein bis zwei Jahre drangehängt.

Außerdem soll mit der Praxisphase das Ventil geschaffen werden, mit dem die Verbände der etablierten Ärzte den Zugang zum Arbeitsmarkt dicht machen und sich damit ihre Pfründe sichern können. Denn diese Praxis-Stellen sind nicht etwa wie die PJ-Plätze (= 6. Studienjahr, das im Krankenhaus läuft) garantiert, sondern müssen von den Krankenhäusern bereitgestellt werden. D.h., man hat keinen

Rechtsanspruch auf einen Platz, sondern es gibt nur so viele, wie bereit gestellt werden. Wer keinen kriegt, muß halt warten. In diesem Zusammenhang hört man ja immer wieder von der Ärzteschwemme, die wohl jeder schon mal gespürt hat, als er stundenlang in Wartezimmern sitzen mußte oder im Krankenhaus einem Arzt nach 36 Stunden Dienst begegnet ist.

Die Fachschaften Medizin Klinik und Vorklinik haben, um sich gegen diese Novelle zu wehren, einen Info-Stand in der Innenstadt und eine Demo vor dem Ministerium gemacht. Während des Info-Standes wurde ein Flugblatt verteilt und interessierten Leuten Blutdruck gemessen. Außerdem wurden 350 Fragebögen verteilt, um herauszukriegen, ob es in Bonn wirklich eine Ärzteschwemme gibt, oder ob diese nur ein Hitzege-spinnt der um ihre Einkommen bangenden Ärzteverbände ist.

Dabei zeigte sich folgendes:

- Etwa 1/3 der Befragten müssen länger als eine Woche auf einen Termin beim Arzt warten.
- Knapp 2/3 sitzen länger als 1/2 Stunde im Wartezimmer, 1/3 länger als eine Stunde
- Nach dieser Wartezeit verbringt dann mehr als die Hälfte der Befragten weniger als 10 Minuten beim Arzt selbst.

Dementsprechend klagte dann auch mehr als die Hälfte der Befragten darüber, nicht in Ruhe mit dem Arzt über Probleme reden zu können. Zu dieser Umfrage muß noch gesagt werden, daß Bonn eine der höchsten Arztdichten überhaupt hat. In einer Stadt z.B. im Ruhrgebiet oder gar auf dem Land sieht das Ergebnis noch ganz anders aus. Am nächsten Tag war dann Demo bei Herrn Geißler. Etwa 300 Medizinstudenten kamen, außerdem war die Sekretärin der vds-Fachtagung Medizin anwesend. Wir wollten zuerst die Resolution überreichen und dann über unsere Vorschläge reden. Obwohl Geißler, wie uns auch mitgeteilt wurde, anwesend war, ließ er sich nicht sehen.

Auch kam kein Ministeriumsvertreter her unter zu den Studenten, um die Resolution entgegenzunehmen, sondern es wurde nur einer kleinen Gruppe (die auf ihrem Weg ins Ministerium stets von, mit chemischen Keulen ausgestatteten, Sicherheitshütern geleitet wurde) gestattet, sie in einem Konferenzraum zu übergeben. Beim anschließendem Gespräch kam dann heraus, was wir befürchtet hatten: Es sind die oben aufgeführten Veränderungen geplant, und die ganze Novelle richtet sich vor allem nach den Interessen der Ärzteverbände, die einen erheblichen Druck auf das Ministerium ausüben, um sich vor ungeliebtem Nachwuchs zu schützen.

Im nächsten Semester werden wohl bundesweite Aktionen gegen die AO-Novelle erfolgen, um dem Druck der Ärzteverbände etwas Entsprechendes entgegenzusetzen. Als Modell können hier die französischen Medizinstudenten dienen, die im Frühjahr den Eiffelturm besetzt haben, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen.

Klein-Watergate in der Nassestraße

So mancher Student, der wissen will, was mit den vielzitierten studentischen Geldern geschieht, besucht eine SP-Sitzung: mal sehen, was die gewählten Vertreter so treiben. Nach so einer Sitzung schüttelt so mancher den Kopf. Doch das ist nur Schattenspiel: den Ahnungslosen träfe vollends der Schlag, wenn er wüßte, was hinter den Kulissen so alles passiert. Z. B. folgendes:

1. AKT: Überraschung

Am Morgen des 29. Juni betreten Titus Simon (Kommunalreferent) und Georg Sönksen (Drucker) die AstA-Etage. Die Tür zur Druckerei steht auf, das Schloß ist zertrümmert. Erster Gedanke: Einbruch. Erster Verdacht: Der Spartakus war's. Die beiden untersuchen die Druckmaschine. Sie ist kaputt. Außer dem fehlt ein Müllsack.

2. AKT: Spürsinn

Bei näherer Untersuchung der Druckmaschine findet sich auf dem Gummituch der Abdruck eines Flugblattes. Es stammt vom RCDS. Ein halbes Flugblatt hängt noch in der Maschine - auch vom RCDS. Georg erklärt, die Maschine sei schon am Vortag leicht defekt gewesen. Jemand hatte

trotdem versucht, ein Flugblatt zu drucken (der Spartakus kann's also nicht gewesen sein, der kennt sich mit sowas aus).

Bernd Hölzenbein fotografiert Tür und Maschine. Nach kurzer Suche ist auch der Müllsack entdeckt. Er stand auf dem Flur. Darin stecken weitere Flugblätter des RCDS. Da die Flurtür nicht aufgebrochen wurde, muß der Täter mit einem AstA-Schlüssel hereingekommen sein.

3. AKT: Rittertum

Als die Sache im AstA zur Sprache kommt, meldet sich Hochschulreferent Horst Peter Heinrichs. Er sei es gewesen, er ganz allein. Er habe ein AstA-Flugblatt drucken wollen und sich geärgert, daß der Drucker nicht da war. Da habe er die Tür eingetreten. So ist Hopehei seine abgebrochene Lehre als Einbrecher und Fassadenkletterer doch noch zugute gekommen. Frust behauptet, die Tür sei nicht eingetreten, sondern mit dem Brechisen geöffnet worden; sie habe Fotos. Eingetretene Türen sähen anders aus (die müssen es ja wissen, die waten ein halbes Jahr mit im AstA). Außerdem habe man ja die RCDS-Flugblätter gefunden.

Wo denn die Vorlage des angeblichen AstA-Flugblattes sei? Die hatte Hopehei nicht. Frust empfiehlt, die Rechnung an den RCDS zu schicken.

4. AKT: Spitzfindigkeit

Eine Woche später fordert Frust Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Hopehei kontert: als AstA-Referent habe er Hausrecht und könne jede Tür im AstA öffnen (weiß Gott!!). Es sei Sache des AstA festzustellen, wann Hausfriedensbruch vorliege. Auch Alexander Pokorny (AstA-Vorsitzender) will von Anzeige nichts wissen. Er werde die Sache untersuchen.

5. AKT: Groll

Am selben Morgen erscheint Steven Stehli bei Bernd Hölzenbein (Frust) und erklärt mit feierlicher Stimme, er werde ihn verklagen: so lasse er seinen Verband nicht in den Schmutz ziehen. (Merke: wenn eine Leberwurst beleidigt ist, findet sie auch einen Paragrafen.) Es seien höchstens einzelne RCDS-Mitglieder gewesen (ob das eine Distanzierung sein soll?). Der RCDS erwägt dem Vernehmen nach, den Täter wegen Stümpertums exemplarisch zu rügen.

Fazit: Was dem Richard Nixon sein Watergate, ist dem Alexander sein Druckraum.

Jan Baumeister

Dümmliches am Rande des Sommerfestes

Die Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts treibt oft seltsame Blüten - und vor allem dann, wenn Leute eingreifen, die über die Auseinandersetzung deren Inhalte vergessen oder die Inhalte gar nicht kennen, und die einfach mal so mitfighten.

Da rückt man Samstag auf dem Uni-Fest an, um für AKUT zu fotografieren. Um auch ein bißchen Hintergrund liefern zu können, soll der Festaufbau ebenfalls festgehalten werden. Ort des Geschehens ist der Uni-Eingang bei Hörsaal 1.

Die Ordnungsgruppe massiert sich angesichts des Linken. Eine mit Walkie-Talkie bewaffnete Autorität erscheint. Um ihre Stellung Nachdruck zu verleihen, bedient sie das Zeichen ihrer Würde. Sichtlich erleichtert teilt sie AKUT daraufhin mit, der Kulturreferent des AstA habe der Bonner Studentenzeitung den Zutritt "untersagt".

AKUT geht. Hubert - das ist jener Kulturreferent - sagt, er habe das nicht gesagt... Sei es, wie es sei; Rauswurf für AKUT von Rechts, also kein Bericht über's Sommerfest.

Burkhard Hoffmeister

TAKE IT EASY.

Lockere Leute fahren mit transalpino.



Hier einige Preisbeispiele:

Bonn-Brüssel	25,-
Bonn-Berlin	80,-
Bonn-London	83,-
Bonn-Rom	137,-
Bonn-Korfu	222,-

Preise für einfache Fahrt

Flug-Reise-Service GmbH
Verkauf bei: Fritz-Tillmann-Str. 4
BONN (0228)221071

Jetzt weit über 4000 Reiseziele

transalpino

Das billige Bahnticket für alle unter 26.



Doktoranden: Neue Elite oder Wegwerfartikel ?

Die Bonner Doktorandeninitiative stellt sich vor.

Aus allen Fachbereichen der Bonner Universität haben sich Doktoranden und Kommilitonen, die es werden wollen, zu einer Initiative zusammengeschlossen, um aus dem Ghetto vereinzelter wissenschaftlicher Arbeit herauszufinden. Sie sind nicht länger bereit, ihre Probleme allein und ohne Kommunikationsmöglichkeit mit sich herumzutragen, die mit der Entscheidung zu promovieren entstehen. Die Promotion ist schon lange nicht mehr der viel beschworene Freifahrtschein für eine gesicherte, berufliche Karriere, auch wenn dieses Vorurteil weit verbreitet ist. In vielen Fächern, wie z.B. Chemie, ist die Promotion eine unabweisliche Einstellungs-voraussetzung und auch die steigende Akademikerarbeitslosigkeit fördert die Suche nach Überlebenschancen in der Nische der Promotion. Sehr wohl wissend, daß damit die Leistungs- und Konkurrenzschraube eine Drehung stärker angezogen wird. Ohne Finanzierungsmöglichkeiten für Doktoranden und verstärkten Abhängigkeiten von 'betreuenden' Hochschullehrern ist die Alltagssituation des wissenschaftlichen Nachwuchses geprägt durch eine ausgeprägte Einzelkämpfermentalität, mit der der Versuch unternommen wird, sich in der universitären Hierarchie zu behaupten, gleichzeitig mit einem Auge auf potentielle Arbeitgeber schielend.

Die Schwierigkeiten

Ist man nicht gerade Lehrstuhlinhaber, so sind die Bedingungen der Hochschulangehörigen - d.h. von Studenten und Hochschullehrern - alles andere als rosig. Doch welchen besonderen Schwierigkeiten sind die Doktoranden ausgesetzt? Unter der Fülle der Probleme, die nur einen geringen Prozentsatz der Doktoranden zum erfolgreichen Abschluß ihrer Promotion 'überleben' lassen, seien hier nur genannt:

- Keine Hochschulstellen, über die die Promotion finanziert und abgewickelt werden kann.
- Fehlende Promotionsstipendien.
- Miserable Arbeitsbedingungen, da Arbeits- und Laborplätze Mangelware sind, Archiv- und Auslandsbesuche behindert werden.
- Die Einbindung in die Forschungs- und Hochschulkommunikationssysteme nicht gewährleistet ist. Termine von Fachlagungen und vom überregionalen Austausch sind von Zufällen abhängig.
- Die Betreuung durch den 'Doktorvater/-mutter' entspricht nicht den sachgerechten Bedürfnissen des wissenschaftlichen Nachwuchses.
- Unklare Statuszuweisung der Doktoranden verweist diese in ein hochschulinternes Niemandsland.
- Eine Interessenvertretung der Doktoranden an den Hochschulen und in anderen Gremien existiert nicht.

Das sind nur einige der zahlreichen Probleme, mit denen sich der Doktorand auseinandersetzen muß, will er die Hürde der Promotion erfolgreich überwinden.

Zurück in die 50er Jahre ?

Von großer Aktualität sind die Pläne der rechtskonservativen Bundesregierung, mit dem Instrument der Promotionsförderung die Wende in der Hochschulpolitik zu beschleunigen. Nachdem 1981 das Graduiertenförderungsgesetz ersatzlos auslaufen ist, und ein Folgegesetz durch den Widerstand der CDU-Bundesländer nicht aus der Referentenschlucke des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft herauskam, benutzt unsere neue Wenderegierung diesen Gesetzentwurf zur Projektionierung der Eliteausbildung an den Hochschulen. Während das BAFöG gestrichen wird und einen 'marktwirtschaftlichen Mantel' erhält, sollen die Doktoranden nach guten und weniger guten Klassen eingeteilt werden und als künftige Elite der Nation zukünftig nicht rückzahlbare Stipendien bis 1800,-DM monatlich erhalten. Dieses 'Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses' (GFÖN) bringt für die betroffenen Doktoranden sicherlich eine punktuelle Verbesserung in finanzieller Hinsicht, doch nur auf Kosten einer elitären und unsozialen Hochschulpolitik.

Den Gesetzestext des neuen Graduiertenförderungsgesetzes sowie eine Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erhält man beim: Hauptvorstand der GEW Referat Hochschule und Forschung Unterlindau 58 6000 Frankfurt/M. 1

die die soziale Öffnung der Hochschulen beenden will. BAFöG-Streichungen und Studiengebühren sollen alle Ständeprivilegien wieder einführen. Parallel zu dieser 'Zuckerbort- und Peitschepolitik' schmieden die konservativen Hochschulpolitiker unter der Führung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Turner, ein neues Ausbildungskonzept, das den ersten Hochschulabschluß dequalifizieren soll, indem allen Studenten ein sechssemestriges Kurzstudium verpaßt wird. Gleichzeitig wird für die Besten dieser Schmalspurausbildung - wer immer das sein soll - als Belohnung die Promotion als Aufbaustudium angeboten. Nicht nur daß die Elitisierung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses abzulehnen ist, auch das erneute Scheinesammeln mit Pflichtveranstaltungen für Doktoranden, die schließlich eine abgeschlossenes Hochschulstudium hinter sich haben, stellt eine nicht zu verantwortende Verschulung dar. Auch an der Bonner Universität existieren diese Pläne zur Neukonzeption der Promotionsordnung.

Unsere Forderungen:

- 1) Die Arbeit an der Promotion hat den Stellenwert alltäglicher wissenschaftlicher Arbeit, für die ein Anspruch auf Entlohnung besteht.
- 2) Im Grundsatz soll sich deshalb die Arbeit an der Promotion auf Planstellen vollziehen, deren primäre Aufgabe die Promotion ist und die in die Wissenschaftsorganisation der Hochschulen eingegliedert sind.
- 3) Stipendien haben demgegenüber eine ergänzende Funktion. Sie sollen Fehlentwicklungen da kortigieren helfen, wo ein besonderer Stellenmangel besteht.
- 4) Die Graduiertenförderung darf nicht zu einem Mehrklassensystem des wissenschaftlichen Nachwuchses führen, gleich ob über Stellen oder über Stipendien gefördert wird.
- 5) Die Doktoranden lassen sich nicht als Vehikel elitärer Hochschulpolitik mißbrauchen, die die alte Ordinarieruniversität und ständische Privilegien wieder einführen wollen.

Was können wir machen?

Die Bonner Doktorandeninitiative, die eng mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zusammenarbeitet, hat sich zur Aufgabe gestellt, die Probleme der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in die Öffentlichkeit zu tragen und eine sozial- und gesellschaftsverantwortliche Hochschul- und Forschungspolitik einzufordern. Die Hochschule darf nicht der Ort einer kleinen begüterten Elite sein! Unsere Aufgabe ist es deshalb, betroffenen Kommilitoninnen und Kommilitonen rechtzeitig beratend zur Seite zu stehen, die entweder kurz vor der Entscheidung zu promovieren stehen oder schon mit ihren Promotionsarbeiten begonnen haben. Wir informieren über Finanzierungsmöglichkeiten, über das neue Gesetz zur Graduiertenförderung, das 1984 neue Stipendien für Nachwuchswissenschaftler vorsieht, und helfen bei der Erstellung von Projekt- und Stipendienanträgen. Wir wollen die Vereinzelung der Doktoranden überwinden helfen, indem wir ein Forum des Kennenlernens und des gemeinsamen Handelns anbieten.

Deshalb macht mit in der Bonner Doktorandeninitiative !!

Wir treffen uns jeden ersten Montag in einem Doktorandenlammstisch in der Gaststätte Tondorf, Sternstraße, jeweils um 20.00 Uhr.

Oder meldet Euch bei Klaus Kost, Klippelstraße 63, 5303 Bornheim 1, Tel. 02222/6 11.14

Klaus Kost

ALLTAGSGESCHICHTE



Ein kräftiger Schub für die Vergangenheit

Anmerkungen zum Spiegel-Report über Alltagsgeschichte

Das war wieder eine dieser typischen "Spiegel"-Stories: Halb will sie einen Zug in Gang setzen, und halb will sie auf den schon abgefahrenen Zug aufspringen. Dabei will der Spiegel mit allerlei Tricks den Eindruck erwecken, bestens informiert zu sein, und verschweigt dennoch wichtigste Einzelheiten. Peinlich wird es da, wo der Spiegel so tut, als ob er brandaktuelle Entwicklungen aufnimmt, und doch nur über Dinge berichtet, die in den interessierten Öffentlichkeit schon seit vielen Jahren engagiert diskutiert werden.

Informativ ist der Spiegel-Report in Nr. 23 vom 6. Juni 1983, S.36-42, über "Bürger auf der Suche nach ihrer Geschichte". Wahrscheinlich nur für diejenigen Bürger, die in den letzten Wochen und Monaten im Zuge der verschiedenen Jubiläumssfeiern, die überall meist als gediegene Unterhaltungsshow mit Verschleierungsabsicht abgefeiert werden, ihr Interesse an Geschichte(n) entdecken. Selbstverständlich ist es nicht möglich, alle Fehler, Mißverständlichkeiten und oberflächlichen Recherchen des Spiegel-Reports umfassend zu kommentieren, darum sollen hier nur die wichtigsten Punkte aufgenommen werden.

Was ist Alltagsgeschichte?

Auffällig ist zunächst einmal, daß der Spiegel zwar die gängigen Reizvokabeln bringt, aber eigentlich nirgendwo erklärt, was denn unter "Alltagsgeschichte", Geschichte von unten" usw. konkret zu verstehen ist.

Das kommt nicht von ungefähr, denn auch prominente akademische Vertreter der Alltagsgeschichte scheuen sich noch, ihre Idee durch Definitionen verbindlich zu machen, vielmehr verlangen sie auch nach langjährigen vereinzelt und kollektiven Vorarbeiten, welche erst die Aktivitäten außerhalb der Unis initiierten, eine "geistesgeschichtliche Suchphase" (so Lutz Niethammer) von vorerst unbestimmter Dauer, deren Ende im Inhaltlichen noch offen ist.

Die "Bielefelder Schule"

Daß die Alltagsgeschichte nicht unumstritten ist, berichtet der Spiegel auch, allerdings nur oberflächlich und pauschal, um dann diese Kritik als "pauschale Schelte" abzutun - ein schäbiger Kunstbegriff! Indes sind die Einwände, die von der "Bielefelder Schule", die Geschichte als "historische Sozialwissenschaft" versteht, hervorgebracht werden, im Kern durchaus berechtigt: Alltagsgeschichte steht in der Gefahr, sich in Einzelheiten zu verlieren, Fakten um ihrer selbst willen zu ermitteln, also Faklographie zu betreiben, wie sie am Bonner Historischen Seminar zu Genüge vorkommt. Wenn Alltagsgeschichte mikrohistorisch kleine, überschaubare Ausschnitte in den Vordergrund stellt, ist es möglich, daß Strukturen, gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge einer Epoche vernachlässigt werden; insofern kann Alltagsgeschichte "neohistorisch" sich auswirken. Die eventuell mit der Alltagsgeschichte verbundene Zivilisationskritik, die Modernisierung als Verlust und Entfremdung versteht, kann zu einer Idyllisierung geraten ("Früher war alles besser!" - klar doch!); hier muß Geschichte ambivalent betrachtet werden.

Der etablierte Wissenschaftsbetrieb

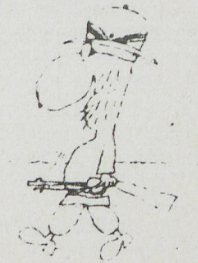
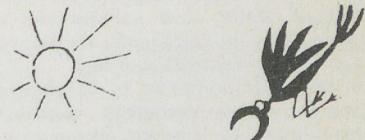
Das wichtigste Phänomen im Zusammenhang mit der Alltagsgeschichte hat der Spiegel offensichtlich übersehen: Gleichgültig, ob Alltagsgeschichte als tragfähiger Ansatz zur Erforschung von Geschichte sich durchsetzt und ungeachtet der vehementen Kritiken, der sie ausgesetzt ist, bedeutet die im Rückgriff auf sie außerhalb der Universitäten erarbeiteten Masse von Geschichtspublikationen einen ernstzunehmenden Angriff auf den etablierten Wissenschaftsbetrieb, der nämlich seinen Anspruch auf Exklusivität verlieren muß. In einer Phase, da sich die akademische Historikerzunft bezüglich der Theoriediskussion im Leerlauf befindet, sorgen die "Amateurhistoriker" nicht nur für frischen Wind, sondern zeigen auch auf, daß man nicht unbedingt Geschichte studiert haben muß, um sich seriös mit ihr zu beschäftigen. Die "Auslagerung" von Geschichte aus verstaubten Seminaren bedeutet damit die Demokratisierung und Stärkung des Geschichtsbewußtseins in der Bevölkerung - und das ist allemal zu begrüßen.

Bemerkenswert ist im übrigen, daß die vor pluralistischer Liberalität und wissenschaftlichkeit nur so strotzende "Bonner Schule der Geschichtswissenschaft" sich bisher noch nicht zu diesen neuesten Entwicklungen geäußert hat; auch hier hinkt sie der Diskussion um Jahre hinterher und

produziert wieder einmal am Markt vorbei. Die "Arbeitsgemeinschaft Kritischer Historiker" (AKH - ein Zusammenschluß hoffnungsvoller junger Wissenschaftler) wird sich deshalb bemühen, für das Wintersemester eine Informationsbroschüre zu erstellen und eine Arbeitsgruppe zum Thema aufzubauen, die sich vor allem mit praktischen Problemen der Alltagsgeschichte beschäftigen soll. Wünschenswert wäre auch, Vertreter und Kritiker der Alltagsgeschichte zu Gastvorträgen einzuladen, um auch Informationen aus erster Hand zu erhalten.

Wilfried Busemann

P.S.: Dieser Artikel muß leider in "AKUT" erscheinen, da der angeblich "unabhängige" FSR Geschichte in der letzten Zeit Beiträge der AKH für die Fachschaftszeitung der Geschichtsstudenten "Historia Aktuell" mehr oder weniger deutlich zensiert hat!!!



Sicherungsverwahrung bis zum Tod für Alexander Ebbinghaus ?

DER SENAT TEILT DIE AUFFASSUNG DER STRAFVOLLSTRECKUNGSKAMMER

Ein 79-jähriger Kinderfreund bleibt in Sicherungsverwahrung

Nachdem jetzt das Oberlandesgericht Hamm in seinem Beschluß vom 24. Juni 83 definitiv der Meinung ist, daß eine "physisch-sexuelle Aktivität bei ihm nicht mehr angenommen werden kann, ...", muß sich das OLG jetzt öffentlich fragen lassen, wie sich die weiter verfügte Sicherungsverwahrung des Alexander Ebbinghaus denn gleichzeitig rechtfertigen läßt?!

Das OLG Hamm hat es in diesem am 7. Juli 1983 ausgefertigten Beschluß auf die Spitze getrieben:

Es verstärkt sich der Eindruck, daß hier ein Mann wegen seiner Überzeugung, wegen seiner Gesinnung in Haft gehalten wird.

Bis zu einer endgültigen juristischen Bewertung soll hier mit der Presseerklärung von Alexanders Anwalt eine Diskussion fortgeführt werden, die eine Freilassung von Alexander Ebbinghaus unterstützen könnte.

PRESSEERKLÄRUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir vertreten Herrn Alexander Ebbinghaus. Herr Ebbinghaus steht kurz vor der Vollendung seines 80. Lebensjahres. Er sitzt wegen Vollstreckung der Sicherungsverwahrung in der Justizvollzugsanstalt Münster, Gartenstr.26.

Herr Ebbinghaus ist seit vielen Jahren Pädast. Wegen dieser Eigenschaft saß er im Dritten Reich und nachfolgend verschiedene Male im Gefängnis. Im einzelnen ist er wie folgt bestraft worden:

- 1) Am 10.7.1936 wurde er zu 3 Jahren Gefängnis wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Kindern, davon in zwei Fällen mit widernatürlicher Unzucht verurteilt.
- 2) Im Sommer 1944 wurde er wegen des Verdachts des Verkehrs (allgemein nicht sexuell) der Bündischen Jugend in das KZ Buchenwald gebracht. Von dort floh er im April 1945.
- 3) 1954 wurde er wegen weiterer einschlägiger Straftaten zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe verbüßte er.
- 4) 1967 wurde er ebenfalls wegen einschlägiger Straftaten zu einer gleich-langen Strafe verurteilt. Auch diese Strafe verbüßte er.
- 5) Letzmalig wurde er am 11. 12. 1974 durch das Landgericht Wuppertal wegen gleichartiger Delikte zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 6 Jahren verurteilt. Zugleich wurde Sicherungsverwahrung angeordnet.
- 6) Nach Verbüßung dieser Strafe am 24.10.1980 wurde die Aussetzung der Vollstreckung der Sicherungsverwahrung von der Strafvollstreckungskammer abgelehnt. Die Beschwerde wurde am 28.3.1981 durch das Oberlandesgericht Hamm abgelehnt.

7) Im Rahmen der Überprüfung der Aufrechterhaltung der Sicherungsverwahrung beschloß das Landgericht Münster am 23.12.1982, die Sicherungsverwahrung aufrechtzuerhalten. Auch die Beschwerde gegen diesen Beschluß wurde verworfen.

Wir halten die Entscheidungen der letzten Jahre über die Anordnung der Sicherungsverwahrung für mehr als bedauerlich und meinen, daß dies auch öffentlich diskutiert werden sollte.

Bereits vor Anordnung der ersten Sicherungsverwahrung im Jahre 1980 hatte unser Mandant erklärt, daß er seine Überzeugung zwar beigehalten habe, diese aber nicht mehr in die Tat umsetzen wolle. Begründet hatte er dies mit seiner erheblich verminderten Triebstärke aufgrund einer Samenleiterdurchtrennung anlässlich einer Prostataoperation im Jahr 1977 und mit seiner Angst vor erneuter Bestrafung und mit seiner Erfahrung, daß er trotz eines freizügigen Aufenthalts in der Klinik Hiltrup nie das Bedürfnis gehabt habe, mit Jugendlichen, die er gesehen habe, sexuell zu verkehren.

Dennoch wurde ihm sein Wunsch auf Entlassung abgeschlagen, weil aufgrund eines bereits ein Jahr alten Gutachtens, was im Beschwerdeverfahren möglicherweise mangels Eignung des Gutachters nicht mehr verwendet wurde, festgestellt worden war, daß er trotz seiner Operation, seiner angegriffenen Gesundheit und seines hohen Alters in erheblicher Weise Gefahr laufen würde, wieder einschlägig rückfällig zu werden.

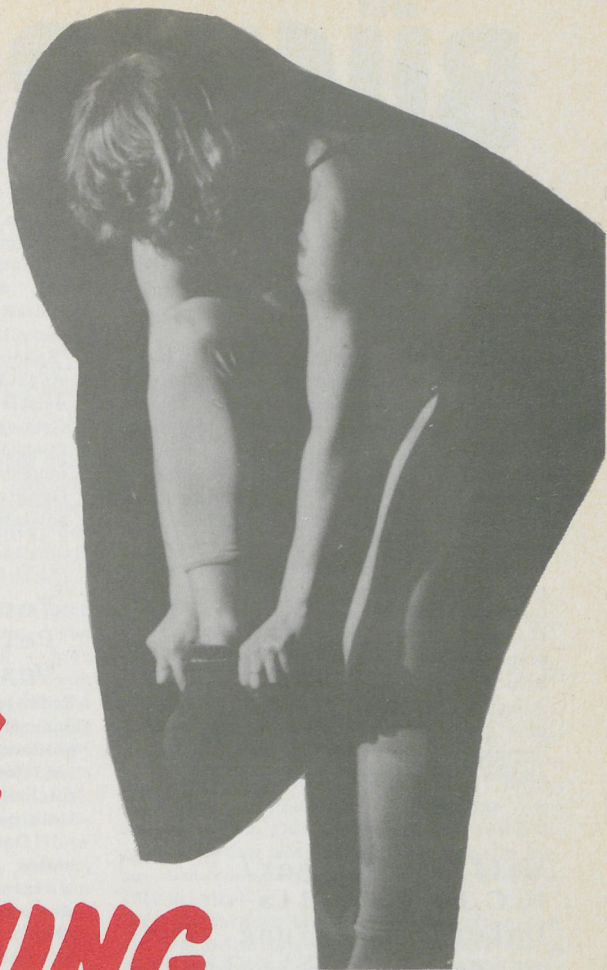
Das Oberlandesgericht Hamm bestätigte zu haben und obwohl es zwei widersprüchliche Gutachten zur Verfügung hätte. Obwohl Herr Ebbinghaus bei seiner erneuten Anhörung vor dem Landgericht Mündamals diese Auffassung, ohne sich ein eigenes Bild von Herrn Ebbinghaus gemacht

ster im Jahr 1982 seine Meinung äußerte, daß er "die Schnauze voll" habe und nicht wieder straffällig werden wolle, die Justizvollzugsanstalt Münster seine Entlassung wegen seiner Herzerkrankung und in Aussicht gestellten Fürsorge befürwortet, der einzige Gutachter zu dem Ergebnis kommt, daß die weitere Unterbringung von A. Ebbinghaus dann zur Bewährung ausgesetzt werden könne, wenn es möglich sei, sein Verhalten in Bezug auf Kinder und Jugendliche im Auge zu behalten. Herr Ebbinghaus dann zur Bewährung ausgesetzt werden könne, wenn es möglich sei, sein Verhalten in Bezug auf Kinder und Jugendliche im Auge zu behalten. Herr Ebbinghaus dann zur Bewährung ausgesetzt werden könne, wenn es möglich sei, sein Verhalten in Bezug auf Kinder und Jugendliche im Auge zu behalten. Herr Ebbinghaus dann zur Bewährung ausgesetzt werden könne, wenn es möglich sei, sein Verhalten in Bezug auf Kinder und Jugendliche im Auge zu behalten.

Wir sind der Ansicht, daß dem Entscheider gegen Herrn Ebbinghaus weniger sachliche Argumente zugrunde lagen als allgemein Vorurteile gegen sexuell abweichende Verhaltensweisen von Menschen, die sich in folgender Äußerung der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 25.11.1982 äußerte: "zurückgesandt, die Ausführungen des Gutachters geben mir keinen Anlaß, eine abweichende Stellungnahme zu er-rade weil der ... in Hückeswagen bekannt ist, die Kinder der Umgebung bald etwas ... hören dürften oder Warnungen seitens der Eltern erhalten dürften, ist zu befürchten, daß kindliche Neugier wie dem ... bald in die Arme treiben dürften."

Wir bitten Sie, sich dieser Angelegenheit anzunehmen. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für Nachfragen zur Verfügung.

Wolf Lange
Norbert Boguszynski
Klaus Böwer



TANZ SPIEL BEWEGUNG

"TANZ-AUFFÜHRUNG"

Fast schon ein Stück Tradition, fand in der vorletzten Woche die "Tanzaufführung" der am Sportinstitut beheimateten Tanzgruppe bereits im fünften Jahr statt. Jedesmal hat sie dabei für ein mehrfach ausverkauftes Bonn-Center gesorgt. AKUT hat sich die Aufführung - nicht zum ersten Mal - angeschaut und mit der Initiatorin Helma Drefke (Dozentin am SWI) gesprochen.

Die Aufführung besteht aus einem guten Dutzend aneinandergereihten Sentenzen. Dabei zeigt sie die Bandbreite von darstellendem Spiel über Tanz bis zu Tanztheater, wo sich unter anderem mit dem Stück "Moderne Zeiten" an einer Hommage à Pina Bausch versucht wird.

Wenn ich es richtig sehe, war für die Zuschauer das Verständnis diesmal "schwerer" als bei vorangegangenen Aufführungen. Frau Drefke bestätigt dies und auch, daß die Realisation der Ideen weniger "handfest" ausfiel, daß mehrdeutige Interpretationsmöglichkeiten bestanden. Dies entspricht dem Prinzip der Anlage und der Rezeption bei Tanzkompositionen, auf die in Pantomime und darstellendem Spiel angelegte Eindeutigkeit zu verzichten.

Als auf Kreativität "bedachter" Geist fand es Helma Drefke "toll", daß diese Möglichkeit zu mehr Assoziationen herübergekommen ist. Sie verwies auch noch einmal auf Debatten darüber, ob die Aufführung nicht von überwiegendem Pessimismus in der Aussage getragen sei. Es gehe eher um die Sichtbarmachung eines kritischeren Lebensgefühls.

Verzicht auf Humor war dennoch nicht angezeigt. Besonderen Beifall fand eine Persiflage auf die Beschaffenheit der Prüfungen im Sportstudium und die Beschaffenheit manchen Prüfers. Daß das in einer Aufführung seinen Patz hat, in der selbst drei Stücke stehen, die als Prüfungsleistungen konzipiert wurden, sollte manchem Denken geben. (Aber da sagt mir jetzt mein eigener Pessimismus: Die lernen's nie.)

Zweimal "nur" durfte der BonnCenter diesmal ausverkauft sein. Seit die Stadt ihr Kulturforum liquidierte, gibt es Terminschwierigkeiten. Frau Drefke bewertet diese Handlung der Stadtväter als "Verarmung", als "Verarmung der Bonner Szene".

Ihr Protestschreiben nützte ebensowenig wie die vieler anderer. "Schade, daß in Bonn für die nicht-offizielle Kultur so wenig Geld da ist!"

Trotzdem sind weitere Auftritte geplant auf dem Winterfest und einem eventuellen AKUT-Pressesfestival. Weiterhin hat Prof.

Sabine Kröner aus Münster die Tanzgruppe eingeladen, und Frankfurt steht noch auf dem Programm.

Daß es diese Aufführungen gibt, ist gut. Mehr solche Lichtblicke!

Burkhard Hoffmeister



BÜCHER :

von Bernd Hölzenbein

Hans - Leo Krämer Soziale Schichtung Einführung in die mo- derne Theoriediskussi- on

Dieserweg Preis: 11,80

Hans-Leo Krämer stellt in seinem Buch u. a. die Fragen, welchen Beitrag Theorien zur Erklärung von sozialen Ungleichheiten leisten können. Der Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Theorien ist hier ja anscheinend unüberbrückbar. Ausgehend von den unterschiedlichsten Gesellschaftstypen (z.B. Kastensystem in Indien) stellt der Autor die Theorien der sozialen Schichtung vor, ohne diese wertend zu beschreiben. Im letzten Kapitel stellt er dann einige sehr interessante empirische Analysen zur sozialen Schichtung vor.

Alles in allem ein sehr gutes Buch, daß eine grobe Übersicht über diesen Themenkomplex ermöglicht. (auch mit weiterführendem Literaturverzeichnis).

Wolfgang Geiger/ H.C.F. Mansilla Unterentwicklung : The- orien und Strategien zu ihrer Überwindung Dieserweg Preis: 11,80

Auf 173 Seiten versuchen die beiden Autoren die Theorien und Strategien von Unterentwicklung in der 3. Welt zu erläutern. Zuerst werden die verschiedenen Entwicklungsmodelle des Westens, des Ostens und der 3. Welt analysiert. Auch die historische Entwicklung wurde Entwicklung wurde hierbei berücksichtigt. Im zweiten Teil werden dann die verschiedenen Strategien vorgestellt, wie dieses weltweite Problem in den achtziger Jahren gelöst werden kann. Das Buch ist gut verständlich geschrieben und hat den großen Vorteil, daß zu den meisten Kapiteln eine Literaturzusammenstellung vorhanden ist, die für interessierte Leute zu einer intensiven Behandlung des Themas sehr nützlich ist.

Westermann Weltatlas Große Ausgabe - mit Regionalteil Nordrhein - Westfalen Preis : 32 DM

Über ein Buch, vielmehr hier einen Atlas, zu schreiben, den fast jeder Student aus der Schulzeit her kennt, ist ein schweres unterfangen.

Das die meisten ihren alten Diercke Weltatlas vom selben Verlag noch besitzen, liegt auf der Hand. Dieser Oldie der Kartographie, der schon 1973 in der 172. Auflage erschien wird nun seit kurzem auch als Westermann Weltatlas - Große Ausgabe - mit Regionalteil Nordrhein - Westfalen angeboten.

Wie schon die alten Auflagen, ist auch der neue Weltatlas übersichtlich gegliedert, wobei man in den letzten Jahren das Schwergewicht etwas von den rein physischen, auf Karten mit politischen, wirtschaftlichen und klimatischen Inhalten verlegt hat.

erner sollte man vielleicht den Ankauf eines neuen Atlanten unter dem Gesichtspunkt

der sich ständig verändernden politischen Weltkarte betrachten. Wer auf seinem alten Schulatlas Ho - Tsch - Minh - Stadt oder Bangladesch sucht, wird wohl nie das Gesuchte finden. Auch das Zeitalter des Kolonialismus ist nun endgültig vorbei, sodaß Namen wie "Spanisch-Sahara" oder Portugiesisch - Angola nur noch im alten Schulatlas existieren. Es gibt also eine Vielzahl von Gründen, das Geld für einen neuen Atlas zu investieren, um sich wieder auf den neuesten Stand zu bringen. Für Geographiestudenten ist ein neuer Atlas sowieso ein "Muß".

Ferdinand Mayer Petro - Atlas Westermann Preis: 98DM

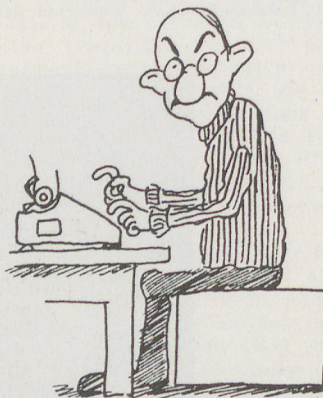
Erdöl und Erdgas haben im zurückliegenden Jahrzehnt die Welt wirtschaftlich und politisch stärker bewegt und in Atem gehalten als jeder andere Rohstoff. Die Wirkungen reichen unmittelbar in viele hundert Millionen Unternehmen und Haushalte hinein.

Das mag mehr noch als bisher, schon bei vielen Menschen vor allem in Wirtschaft, Studium und Schule, den Wunsch wecken, sich mit diesem weltweiten Rohstoff - Thema zu beschäftigen.

In farbigen, mit leichter Reliefschmierung versehenen, Karten bietet der neue "Petro-Atlas" die Fundstellen von Erdöl, Erdgas Ölschiefer und Ölsande auf der Erde. Dazu die Leitungen auf dem Lande und auf den Meeresböden.

Im Hinblick auf den großen Benutzerkreis sind die Karten in Englisch beschriftet. Für den Bearbeitungsstand konnte allgemein der Anfang des Jahres 1982 erreicht werden.

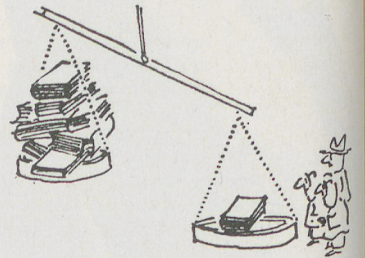
Der Preis von 98 Mark wird wohl den Normalstudenten abschrecken, sodaß der Atlas wirklich nur für die ganz Interessierten in Frage kommt. Für diese Leute kann der "Petro - Atlas" mit gutem Gewissen empfohlen werden.



Winfried Böhm Wörterbuch der Pädago- gik Kröner 12. Auflage Preis : ca. 27 DM

Das Wörterbuch der Pädagogik beschreibt auf 570 Seiten die verschiedensten Begriffe und Personen aus der Pädagogik (von Abaelard bis Zwillingsforschung). Doch nicht nur die sehr gute Beschreibung der einzelnen Begriffe überzeugt in diesem Wörterbuch. Am Ende

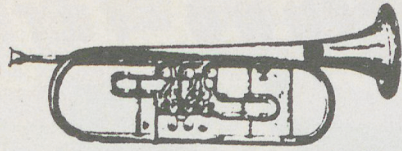
jedes behandelten Punktes wird Literaturhinweise gegeben, die zum Einstieg ins Thema geeignet sind. Das Buch beim anfertigen Seminararbeiten sehr hilfreich macht ist das Buch auch für Lehramtsstudium interessant, die sich nur in Begleitstudium mit der Pädagogik befassen. Auch der Preis ist angemessen, sodaß von einem guten Leistungsverhältnis gesprochen werden kann.



Christen, Hans Rudolf Grundlagen der organischen Chemie Studienausgabe Teil band 1 Salle + Sauerländer Preis: ca. 55 DM

Kaum einen Studenten der Chemie, der "Christen" nicht schon wenigstens in der Hand hatte und wohl jeder Schüler hat im Chemieunterricht der Schule Namen "Christen" schon einmal gehört. Der Salle + Sauerländer Verlag hat mit der 5. Auflage der "Grundlagen der Organischen Chemie" (Studienausgabe) den Markt gebracht. Es ist erstaunlich, daß seit dem Erscheinen des Buches im Jahre 1970 sich bis heute der Markt kein anderes deutschsprachiges Buch so durchgesetzt hat. Der vorliegende Band ermöglicht ein hervorragendes Arbeiten innerhalb der organischen Chemie, letztendlich durch die Konzentration auf die wichtigsten organischen Reaktionstypen. Hauptteil des Buches. Der Einleitungsteil behandelt knapp und dennoch recht gut verschiedene Verbindungstypen. Gerade für den Studienanfänger wird diesem Buch der "dynamische" Aspekt der organischen Chemie in ihrer Bedeutung nahe gebracht. Das Buch wendet sich zwar in erster Linie an Studierende, die mit dem Studium der organischen Chemie beginnen, daher auch für Fortgeschrittene das ein oder andere Kapitel von Interesse sein. Nur es bliebe noch zu hoffen, daß Lehrlinge dieser Art auch in Zukunft von Studenten gekauft werden können, denn der Preis für das Buch ist doch etwas hoch. Thomas Stenzel

Uni-Fêten, die keine sind



Ein Bonner Unternehmen zeigt seit einigen Jahren, wie man studentische Gruppen benutzt, um mit Massenfêten die schnelle Mark zu machen - unter Ausschaltung des Finanzamts.

Samstag, der 2. Juli, acht Uhr abends. Vor der PH-Mensa in der Römerstraße halten sich ca. 300 Jugendliche auf. Es herrscht eine Stimmung wie auf dem Schwarzmarkt, wenn die Händler nicht gekommen sind. Ein DIN-A 4-Zettel an der Eingangstür verkündet lapidar: "Die Tanzveranstaltung findet nicht statt." Die "Tanzveranstaltung" war eine der stadtbekanntesten PH-Fêten, die im Abstand von etwa 14 Tagen scheinbar von wechselnden studentischen Gruppen veranstaltet werden. Die meisten der gewohnheitsmäßigen PH-Fêtengänger hatte offenbar vom Ausfall der "Sommernacht" am 2.7. gewußt. Sicherstes Indiz: die Werbekampagne wurde plötzlich abgebrochen.

Normalerweise läßt der Veranstalter die Stadt mit 3000 Plakaten tapezieren und 4000 (in Worten: vierzigtausend) Handzettel vor Schulen und Mensen verteilen. Die Fêten finden in der PH-Mensa, bisweilen auch in der Pop-Mensa statt. Karneval 1983 gab es eine regelrechte Fêtenorgie: fünf Veranstaltungen binnen zehn Tagen. Sollte sich ein Student wesentlich auf eine dieser "Uni-", "PH"- oder "Geographen"-Fêten verirrt haben (das kommt bei Neulingen immer wieder vor), wird er sich unter tausenden von Schülern im Disco-Teeny-Look etwas verloren vorgekommen sein.

Die Erklärung ist einfach: hinter all diesen Fêten steckt dasselbe kommerzielle Unternehmen, ein gewisser Gissemann, der selber nicht in Erscheinung tritt, mit seinen Kompagnons Nies und Fricke, die immerhin noch Plakatieren und ähnliche niedere Dienste verrichten müssen. Für die Musik wird Malte mit seinen knackigen Scheiben gemietet. Auf seinen Plakaten nennt sich der geschäftstüchtige Verein abwechselnd "Studenten für Natur", "Freundeskreis Bonn-Madrid", "Lego", "Foto- und Filmfreunde", "Ver-ein der Surfer", "Globetrotter", "Studenten für Kommunikation" oder "Studenten für internationale Solidarität" (eine besonders schwierige Idee). All diese Tarnorganisationen sind als studentische Gruppen angemeldet. Teilweise dienen sie nur als Briefkastenfirma für Gissemann, andere verleihen gegen eine Gebühr von tausend DM pro Fête ihren Namen. Das Versteckspiel hat folgenden Sinn:

Studentische Gruppen können für ihre Veranstaltungen die Mensen anmieten. Zwar zahlt Gissemann inzwischen einen erhöhten Satz von 2000 DM, aber welche Räume von der Größe der Mensen bekäme er schon zu diesem Preis? Die Beethovenhalle wäre teurer. Da jede studentische Gruppe nur zweimal im Jahr eine Mensa bekommt, bedarf es bei 15 bis 20 Fêten im Jahr entsprechend vieler Namen. Und die Gruppen erfüllen noch einen weiteren guten Zweck: Als Veranstalter beauftragen sie Firma Gissemann mit der Organisation. Dafür erhält er ein Honorar. Für die Hilfsdienste heuert er eine Kompanie von Schülern an, die ebenfalls be-

zahlt werden. Der Löwenanteil aber fällt der "studentischen Gruppe" zu - und die ist nicht buchführungspflichtig! Sie behält nun die Leihgebühr für ihren Namen, den Rest bekommt die ehrenwerte Gesellschaft - und das Finanzamt hat nichts gemerkt!

Der Gewinn des Unternehmens kann sich sehen lassen. Nach Schätzungen von Stammgästen kommen pro Fête 2 - 3000 Besucher. Bei einem Eintrittspreis von 4,99 DM (Vorverkauf 3,99 DM) macht das gut 10000 DM. Konsumiert jeder Gast für fünf DM Getränke - das ist bei zwei DM für's große Bier nicht zu hoch gegriffen -, bedeutet das weitere 10 - 15000 DM. Zieht man die Hälfte der Getränkeinnahmen für den Einkauf ab, 2000 für Miete sowie weitere 3000 für Werbung, Helfer, Malte, Feuerwehr etc., dann bleibt ein fünfstelliger Reingewinn pro Abend. Das Unternehmen selbst weist diese Summe natürlich weit von sich. Ein Teilhaber: "Höchstens 3000 DM und davon muß ich noch die Helfer bezahlen" (die arme Sau!).

SP und ASTA sind die Umtriebe der Fêtengesellschaft ein Dorn im Auge, nicht nur, weil sie auf Monate hinaus die Mensen belegt, sondern auch, weil sie den Status studentischer Gruppen mißbraucht. Am 4. Februar 1982 beschloß das SP in seltener Einmütigkeit mit 49 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung:

"Das Studentenparlament der Universität Bonn verurteilt die kommerziellen Aktivitäten eines seit mehreren Semestern an

der Bonner Uni unter verschiedenen wechselnden Tarnnamen auftretenden, sich selbst "studentische Gruppe" nennenden Unternehmens, das unter diesem Deckmäntelchen an der Universität ausschließlich zum Zwecke der Bereicherung dienende "Fêten" veranstaltet, obwohl das Statut einer studentischen Gruppe solche kommerziellen Aktivitäten verbietet. (...)

Das Studentenparlament fordert den Rektor der Universität auf, die Zulassung dieses Unternehmens unter den o.g. und weiteren Namen als studentische Gruppe zu widerrufen.

Das SP fordert das Studentenwerk auf, die Genehmigung zur Nutzung der PF-Mensa für den 13.2. zurückzuziehen und diesem Unternehmen unter seinen Tarnnamen in Zukunft keine Räume mehr zu vermieten. Das SP fordert die zuständigen Behörden auf, zu untersuchen, ob dieses Unternehmen steuerrechtlich einwandfrei arbeitet.

Das SP fordert die Bonner Studenten auf, die Veranstaltungen dieses Unternehmens, insbesondere die Veranstaltung am 13.2. zu boykottieren. (...)"

Im Mai gelang es dem ASTA per einstweiliger Verfügung, Gissemann die Bezeichnung "Uni-Fête" zu verbieten, um Verwechslungen mit echten Uni-Festen zu verhindern. Der damalige ASTA-Kulturreferent Hubert Detmer bekam dafür Hausverbot auf PH-Fêten. Mehr, so der ASTA, ist nicht drin.

In anderen Universitätsstädten haben die ASTen längst kapituliert. Z.T. lassen sie ihre eigenen Fêten von Kommerzgesellschaften organisieren, sich sehen lassen.

Jan Baumeister



Mainzer Appell

zur Verantwortung für den Frieden

Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung

In diesem Jahre steht die Welt vor einer folgenschweren Entscheidung, die eine neue Stufe des Wettübens einleiten könnte. Mit vielen Kollegen aus In- und Ausland haben wir uns versammelt, um warnend unsere Stimme gegen Waffen zu erheben, die auf der Grundlage naturwissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelt wurden, und über deren Gefahren Naturwissenschaftler daher am besten Auskunft geben können.

Der Kongreß in Mainz, an dem über 3300 Naturwissenschaftler aus dem In- und Ausland teilnahmen, hat in den Einzelvorträgen und Diskussionsveranstaltungen gezeigt:

- Ein künftiger Atomkrieg, der Europa und besonders unser Land trafe, wäre mit früheren Kriegen nicht mehr zu vergleichen. Was verteidigt werden sollte, würde unwiderruflich zerstört. Vor allem Zivilisten hätten so gut wie keine Chance, den Krieg und die Nachkriegszeit zu überleben.
- Die technische Entwicklung insbesondere der Mikroelektronik hat die Qualität von Waffen in den letzten Jahren drastisch verändert. Raketen wie die neuen US-Mittelstreckenraketen sind so zielgenau, daß sie den Charakter von Erstschlagwaffen erhalten, mit denen man gegnerische Kommando- und Kontrollzentren sowie Raketensilos fast sicher vernichten kann. Darüber hinaus werden große Anstrengungen unternommen, den Weltraum militärisch zu nutzen. Diese Entwicklungen vergrößern die Gefahr eines Atomkrieges beträchtlich, nicht zuletzt durch die Möglichkeit der Auslösung eines Krieges durch einen Fehler der Frühwarnsysteme, der wegen der kurzen Flugzeit von wenigen Minuten nicht mehr korrigiert werden kann. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Erstschlages zur Zeit gering ist, führt diese Entwicklung zu einer Destabilisierung des ohnehin fragwürdigen Abschreckungsgleichgewichtes.
- Das simple Streben nach Gleichgewicht und Symmetrie der Potentiale reicht nicht mehr aus, um den Frieden auch in Zukunft zu sichern. Die Fortsetzung des gleichgewichtsorientierten Wettübens würde aller Wahrscheinlichkeit nach genau in einen militärischen Konflikt hineinführen. Wir brauchen eine nüchterne, nicht durch Polemik und wechselseitige Schuldzuweisung überfrachtete Analyse dieser Gefahren, sowie eine konzeptionelle Weiterentwicklung der gegenwärtig praktizierten Sicherheitspolitik. Weder darf das Wettüben fortgesetzt, noch kann die Sicherstellung einer angemessenen Verteidigungsbereitschaft preisgegeben werden. Ein Weg, diese beiden Forderungen miteinander

zu verbinden, führt über eine Umrüstung. Dann, und nur dann, wenn die eigene Verteidigungsbereitschaft mit Mitteln sichergestellt wird, welche den potentiellen Gegner nicht ihrerseits nochmals aktiv bedrohen, kann es dauerhafte Stabilität und Sicherheit ohne Wettüben geben.

- Die bisherige Rüstungskontrollpolitik ist deshalb gescheitert, weil es grundsätzlich unmöglich ist, aus der Phase des aggressiven Wettübens unmittelbar zur Abrüstung überzugehen. Bei Waffen, die sich nicht nur für die Verteidigung, sondern auch für den Angriff eignen, überlappen sich die Sicherheitsansprüche beider Seiten, und es kann deshalb keinen Zustand geben, der von beiden Seiten gleichzeitig als hinreichend "sicher" empfunden wird. Die großen Fortschritte in der Mikroelektronik bieten uns jedoch zwei Optionen: Entweder können wir fortfahren, den Nuklearkrieg "führbar" zu machen, und würden deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach auch in ihn hineingezogen. Oder wir können die historische vielleicht einmalige Chance für eine beidseitig, die Stabilität erhöhende Umrüstung auf eine "strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" nutzen. Um aber den zweiten Weg zu beschreiten, bedarf es einer politischen Grundsatzentscheidung. Unter dem Leitmotiv "Durch Umrüstung zur Abrüstung" muß ein Neuanfang in der Rüstungskontrollpolitik gemacht werden.
- Ein umfassendes Abkommen über einen vollständigen und kontrollierten Entwicklungs-, Test- und Produktionsstopp atomarer Waffen ist ein notwendiger erster Schritt zur Beendigung des Wettübens. Ein Verbot unterirdischer Atomwaffentests und damit eine wesentliche Einschränkung der Entwicklung neuer Kernwaffen scheidet nicht an technischen Fragen, die gelöst sind. Für noch notwendige Ortsinspektionen bietet sich eine Kompromißlösung an. Für den sofortigen Abschluß eines Vertrages bedarf es nur noch des politischen Willens.
- Der atomare und der konventionelle Rüstungswettlauf ist dabei, die Weltwirtschaft durch Vergeudung geistiger und materieller Ressourcen zugrunde zu richten, die Entwicklung der Dritten und Vierten Welt dauerhaft zu verhindern und damit die friedliche Zusammenarbeit der Nationen auf dem Weg in die Zukunft zu beeinträchtigen. Die Fortsetzung des Rüstungswettlaufes führt die Welt einer ökonomischen und ökologischen Katastrophe näher. Intensive weltweite Abrüstung ist eine Voraussetzung für die Überwindung der Unterentwicklung.

- Als Bürger eines demokratischen Staates sind wir alle aufgerufen, uns an die politischen Entscheidungsprozessen unserer Gesellschaft zu beteiligen. Naturwissenschaftler tragen eine besondere Verantwortung, weil einige ihr Expertenwissen zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln mißbrauchen ließen und andere dazu geschwiegen haben. Wir haben die Pflicht, über die Grenzen des Mißbrauchs von Naturkräften nachzudenken und ihm mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Wir, wie zahlreiche Wissenschaftler und ihre Organisationen aus aller Welt, appellieren an die Verantwortlichen in Ost und West: Laßt uns umkehren, bevor es zu spät ist! In dieser unserer existenzbedrohenden Situation fordern wir, wie viele freundschaftlich verbundener Kollegen in den USA, von den Regierungen aller Nationen learmächte das sofortige Einfrieren atomarer Rüstung in Ost und West. Für unser Land bedeutet das den Verzicht auf Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die Stationierung dieser Waffen nicht zuzulassen. Nur so kann ein Klima des Vertrauens geschaffen werden, die notwendige Zeit für Verhandlungen zwischen den Großmächten gewonnen werden, um zunächst eine drastische Verminderung der Atomwaffen in Ost und West, so auch der SS 20, und schließlich eine umfassende Abrüstung zu erreichen. Mit Millionen unserer Mitbürger sind wir uns einig in dieser Forderung. Über vier Millionen Bürger unterzeichneten den Krefelder Appell, 1,8 Millionen Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterzeichneten den DGB-Appell "Frieden durch Abrüstung", die Kirchen erhoben warnten ihre Stimme gegen das Wettüben, viele Berufsgruppen wandten sich an die Öffentlichkeit und insbesondere an die Politiker mit der dringenden Forderung, weitere Eskalation der atomaren Rüstung zu verhindern.

Viele stehen in dieser für unsere Zukunft und die unserer Nachkommen entscheidenden Situation nicht abseits. Wir verpflichten uns, über die politischen, militärischen und technischen Voraussetzungen des Friedens Erhaltung und Sicherung des Friedens nachzudenken und aufzuklären. Wir bitten alle Wissenschaftler, persönlich mit ihren Kenntnissen und Einsichten zu einer aufklärenden und sachlichen Diskussion beizutragen und das Gespräch über traditionelle Grenzen hinweg zu führen.

Mainz, den 3. Juli 1983